

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Der Osterburger. 1891-1892
1892**

15.3.1892 (No. 32)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1001527](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1001527)

Der Ofternburger.

Der Ofternburger erscheint 3 mal in der Woche, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Unterhaltungs- und Anzeigenblatt für die Gemeinde Ofternburg und Umgegend.

Inserate, die 5gepalte Zeile ober deren Raum 10 Pfg.

Redaction, Druck und Verlag von Fritz Drewes in Oldenburg, Rosenstraße 14/16.

N^o 32.

Ofternburg, Dienstag den 15. März

1892.

Der Bergmannsstreik in England.

Wieder einmal muß die Welt auf das ernste Schauspiel eines großen bergmännischen Streikes blicken, welches diesmal in dem industriereichen England in Scene geht. Schon jetzt haben daselbst hunderttausende von Bergleuten die Arbeit eingestellt, aber die Zahl der feiernden Arbeiter der Tiefe wird nach den bisherigen Ankündigungen sich der Streik durch den Zutritt der ca. 100.000 Bergleute der Kohlenbezirke von Durham zu einem fast allgemeinen gestalten. Die Ursachen der gegenwärtigen Streikbewegung im Bergmannswesen Englands sind aber durchaus verschiedener Art und hierdurch erhält sie ihr besonderes Charakteristicum. Einerseits handelt es sich hierbei allerdings um Lohnreduktionen, welche den Kohlenarbeitern angedroht worden sind, andererseits jedoch bezieht die Streikbewegung der englischen Bergleute noch einen ganz andern Hintergrund. In England gehören die Bergleute vorwiegend einer besonderen Vereinigung an, deren Leiter große Machtbefugnisse und einen Einfluß besitzen, der weit in die Kreise der „Unternehmer“ der Bergwerksbesitzer, hineinreicht. Diese eigentlichen Führer der englischen Bergleute haben nun den Plan gefaßt, die Kohlenpreise durch eine Reduktion oder auch zweifelhafte gänzliche Einstellung der Kohlenförderung in die Höhe zu treiben und hierdurch für die Arbeiter eine Lohnerhöhung herauszuschlagen. Eine solche Hinaufschraubung der Preise könnte an sich den Bergwerksbesitzern selbstverständlich nur willkommen sein, dennoch haben sie ihre Einwilligung zu der gedachten Manipulation verweigert, weil sie die Arbeiter nicht zu den Mitbestimmern der Preise machen wollen, wobey denselben natürlich ein großer Einfluß auf die geschäftliche Conjunction wie auf die Arbeitgeber selbst eingeräumt werden würde. Es ist demnach von letzteren die Mitwirkung an dem erwähnten Unternehmen verweigert worden, infolgedessen die Bergleute jetzt selbstständig vorgehen, indem sie eben einen allgemeinen Streik zur Erzwingung ihrer Forderungen in Scene setzen. Obgleich derselbe also erst vom 12. März ab voll in die Erscheinung treten wird, machen sich doch bereits jetzt die Wirkungen der beengenen Arbeitseinstellung in England bemerklich. Nach den vorliegenden Schilderungen hat die Kohlennoth schon einen bedenklich hohen Grad erreicht und gerade ungeachtet der auch jenseits des Canals herrschenden strengen Kälte macht sich dieser Uebelstand doppelt bemerklich. Daß man ihn vor Allem und hauptsächlich in den ärmeren Bevölkerungskreisen des Insellandes empfindet, bedarf wohl keiner näheren Beweisführung. Aber auch in weiteren Kreisen spürt man schon die einschneidenden Wirkungen des Bergmannsstreikes, wie das ja auch bei einer Arbeitseinstellung in einem Gewerbe, von dem, wie beim Bergmannswesen, das Gedeihen zahlreicher anderer Industriezweige mehr oder minder abhängt, gar nicht anders sein kann. So wird aus dem großen Industriebezirke von Durham gemeldet, daß daselbst allen Handwerfern und Arbeitern der Maschinen-, Eisen- und Wagenbauwerken in Hinblick auf den Ausfall der Bergleute gekündigt worden sei. Ebenso haben aus gleicher Ursache die in den ausgedehnten industriellen Establishments Lord Londonderry ihre Kündigung erhalten und aus denselben Grunde werden über 7000 Eisenbahnbedienstete der den Bezirk von Durham durchschneidenden North-Eastern-Bahn zeitweilig ihre Beschäftigung verlieren.

Jedenfalls würde der Streik der englischen Bergleute noch weit ernstere Folgen nach sich ziehen, wenn er länger dauerte und es ist daher noch ein Trost, daß ihre Führer den offiziellen Ausfall auf 14 Tage, auf die Zeit vom 12. März bis 26. März, beschränkt haben. Aber auch dieser begrenzte Zeitraum ist lang genug, um die weitreichenden Wirkungen des Streikes hervortreten zu lassen, zumal ja in zahlreichen Bergwerken die Arbeit theilweise oder auch ganz schon eingestellt ist. Leider haben sich alle Versuche, eine Verständigung zwischen den Bergwerksbesitzern und den Streikenden zu erzielen, als vergeblich erwiesen und so muß denn erst die Zeit lehren, welche von beiden Parteien es länger „aushalten“ kann, auf alle Fälle wird aber diesen ungerechtfertigten Streik auch die Allgemeinheit der Bevölkerung Englands schwer geschädigt.

Local-Beitrag.

Ofternburg, den 14. März 1892.

† Seine königliche Hoheit der Großherzog haben geruht dem Gendarmarie-Wachtmeister Meyer in Westerheede das Ehrenkreuz II. Classe zu verleihen.

† Wie nunmehr feststeht, werden die vereinigten Abtheilungen der Landwirtschaftsgesellschaft im Amtsbezirke Oldenburg in diesem Jahre und zwar Ende August bezw. Anfang September eine Bezirksjähreshauptversammlung abhalten. Als Ort hierzu ist die Stadt Oldenburg in Aussicht genommen.

† An der hiesigen Sinfeschlagschule beginnt am 11. d. M. ein neuer Kursus, der 4 Monate dauert. An dem letzten Kursus haben sich drei Schüler beteiligt und zwar die Herren: Melle-Goldensteb, Feldhus Zwischenahn, Cordes-Frieschenmoor. Alle drei haben die am 2. d. M. stattgefundene Prüfung gut bestanden.

† Das Reichsbank-Präsidium hat an das Publikum das Ersuchen gerichtet, Banknoten nicht mehr mit irgend welchen Aufschriften zu versehen. Die Mahnung ist deshalb für nöthig befunden worden, weil Banknotenfälscher es lieben, fehlerhafte Stellen ihrer Fabrikate mit solchen Notizen zu verdecken.

† Mit dem Wiederanbau des abgebrannten Hoftheaters soll Ende, wie es heißt, dieses Monats begonnen werden und zwar unter der Leitung und Aufsicht des Stadtbaumeisters Noack. Das neue Theater wird dem niedergebrannten Musiktempel ähnlich

werden, nur daß man jetzt für größere Sicherheit des Publikums bei Feuergefahr Sorge trägt.

† Das neue Schuljahr beginnt am Montag, den 25. April. Die Ferienordnung stellt sich in diesem Schuljahr wie folgt: Pfingstferien 5.—12. Juli Sommerferien 3.—23. Juli (die höheren Schulen eine Woche länger), Michaelisferien 25. Sept. bis 9. Oktober, Weihnachtsferien 22. December 1892 bis 5. Januar 1893.

† Der Erfolg des Krankenhaus-Bazars. Nach vorläufigem Ueberblick sind an den 3 Bazartagen etwa 13000 Mk. vereinnahmt, denen rund 2000 Mk. Unkosten abzuziehen sind; dann bleibt eine Netto-Einnahme von 11000 Mk., die sich aber durch den Verkauf der Bazar-Lose auf 12000 Mk. erhöhen dürfte. — Auch im Lande regt man sich, um Mittel zusammen zu bringen, die demselben Zwecke dienen sollen; so fand gestern in Wiefelstede ein Unterhaltungsabend statt, dessen Reingewinn dem Krankenhaus-Baufond zufließt.

† Typhus und Diphtheritis treten seit Kurzem in hiesiger Stadt in tödtlicher Weise auf und haben schon mehrere Opfer gefordert.

† In den Ofternberger Gehölzen ist der Rehsbestand in erfreulicher Zunahme begriffen. Derselbe war bis vor zehn Jahren fast ausgestorben. Da legten die Landwirthe Nehe in ihre Forsten und verpflichteten sich, mindestens 8 Jahre lang keine Jagd auf dieses Edelwild zu machen. In Folge dessen sieht man jetzt wieder Nehe in den Gehölzen, ja dieselben sind manchmal sehr zahlreich und zutraulich.

† Der Wesermarsch-Kennverein hat am Montag in Ropentirchen eine Commission, bestehend aus den Herren Cloppenburg-Klippkamm, Wolf-Mens und Cordes-Kanzenbüttel, gewählt, welche mit dem Berliner Kennverein in Verbindung treten soll zur Vorbereitung eines Wetrennens in Oldenburg.

† Oppermann's Hotel. Wie aus dem Inseratentheil dieser Nummer zu ersehen ist, steht uns in den nächsten Tagen ein außergewöhnlicher Kunstgenuss in Aussicht. Die eigen in ihrer Art dastehende skandinavische Künstler-Kapelle N. Müller-Berthelsen wird hier in Oppermann's Hotel vom Donnerstag bis Sonntag gastiren und uns mit ihren sehr interessanten Vorträgen erfreuen. Wir veräumen dieserhalb nicht, auch an dieser Stelle unsere verehrten Leser darauf aufmerksam zu machen und behalten uns vor, in der nächsten Nummer unseres Blattes darauf zurückzukommen.

† Ob der Fall Müller vor dem Landgericht oder dem Schwurgericht erledigt wird, ist noch immer nicht endgültig entschieden. Bekanntlich hat sich der Staatsanwalt dahin ausgesprochen, daß Müller vom Schwurgericht abgeurtheilt werden müsse; die Landgerichtskammer hat dagegen die Angelegenheit als eine Landgerichtssache bezeichnet. Nun soll dem Vernehmen nach der Staatsanwalt diesem Entschluß der Kammer nicht zustimmen wollen, sondern Berufung bei der Oberlandesgerichtskammer eingelegt haben. Sollte diese der Ansicht der Landgerichtskammer zustimmen, so würde Müller schon in nicht allzuferner Zeit auf die Anklagebank kommen, andernfalls erst in der nächsten Schwurgerichtsperiode, welche im Juni sein wird.

† Ein Pferd, mit dem ein Landmann aus der Umgegend unserer Stadt zum Thierarzt wollte, stürzte am Sonnabend Morgen in der Ritterstraße tot nieder.

† Gestohlen wurde dem Korbmacher K. an der Aßternstraße am Sonnabend Morgen ein werthvoller Korb, den derselbe vor seinem Geschäft ausgehängt hatte. Wenn man bedenkt, daß dieser Diebstahl am hellen Tage und dazu in einer belebten Straße unserer Stadt ausgeführt wurde, so muß der Spigbube jedenfalls eine gute Portion Raffinirtheit und Frechheit besitzen haben.

† Blutvergiftung. Ein Anwohner der Raboerstraße hat sich vor einigen Tagen beim Hedenfischen einen Dorn in den Finger gestochen. Infolge dessen ist Blutvergiftung eingetreten und die Hand dicit angeschwollen. Sein Zustand ist nicht unbedenklich.

† Dem Landmann Heidemann aus Menshausen gingen vorgestern die Pferde durch. Er fiel vom Wagen und brach das Genick, so daß sofortiger Tod eintrat.

† Danielsberg. Am 1. d. Mts. befanden sich auf unserer Arbeiter-Colonie 38 Colonisten, von denen 9 in Bremen und 9 in Oldenburgischen geboren sind, der Confession nach sind von ihnen 33 evangelisch, 5 katholisch, dem Gewerbe nach 3 Commis, 2 Cigarrenarbeiter, 1 Gelbgießer, 2 Gärtner, 1 Klempner, 3 Maurer, 1 Schuhmacher, 2 Schneider, 1 Schmied, 1 Töpfer, 1 Zimmerer, die übrigen gewöhnliche Arbeiter; die Verpflegungskosten haben im Februarmonat pro Mann und Tag 29 1/2 Pfennig betragen.

† Jude. Hier herrscht unter den Kindern stark die Diphtheritis, die allein an einem Tage nicht weniger als vier Opfer forderte.

† Brake, 10. März. Unter Führung des allgemein beliebten Kapitäns Lorenzen langte in diesen Tagen der norwegische Dampfer „Bremen“ zum 201. Mal auf der Weser an. Seit 1881 hat der genannte, mit Ausnahme von ein paar Reisen, immer unter demselben Kapitan stehende Dampfer eine regelmäßige Fahrt zwischen Cristiania und der Weser unterhalten und ist immer glücklich gefahren. Wdy auch das dritte Hundert der Reisen zur vollen Zufriedenheit des Kapitäns und der Rhederei ausfallen. (Br. N.)

† Glisfeth. Die letzt beendete Prüfung zum Schiffer auf große Fahrt haben bestanden: Diedrich Harzog aus Oberhammelwarden, Heinrich Schwegmann aus Oldenburg, Bernhard Röder aus Weserdeich, Karl Knudsen, Fr.

Mönlich, Johann Metz, Karl Stege, Wilhelm Niemann, Karl Schwarz und Johannes Kühne aus Glisfeth. Kühne erhielt das Zeugniß mit „Auszeichnung bestanden“ und außerdem den Reichspreis. Alle Prüflinge haben auch die Prüfung in der Maschinenkunde bestanden.

† Zetel. (G.) Ein blutiges Familiendrama hat sich hier vor kurzem abgespielt. Vater und Stiefsohn hatten sich entzweit, weil letzterer seinem Vater die Herausgabe seines Geldes verweigerte. Nach einem heftigen Wortwechsel ging der Vater in seinem Zorn seinem Sohne mit einem dicken Knüttel zu Leibe, worauf dieser mit einer Axt auf seinen Stiefvater einbrang und denselben leider nur zu gut traf. Aus mehreren Kopfwunden blutend, stürzte er befinnungslos nieder. Der rasch herbeigerufene Arzt brachte ihn zum Bewußtsein zurück, worauf derselbe die Wunden zunähte und verband. Der Verletzte liegt schwer am Wundfieber darnieder, doch ist Hoffnung vorhanden, daß er am Leben bleibt.

† Neuenburg. (G.) Ein Handelsmann vom Ammerlande, der mit einer Ladung lebendiger Schweine nach Wilhelmshaven unterwegs war, hatte das Unglück, daß ihm in Havellande, einem kleinen Walde an der Chaussee zwischen hier und Zetel belegen, der Wagen brach, wodurch die Thiere in Freiheit gesetzt wurden und sich auch gleich nach allen Richtungen hin im Busche zerstreuten. Der Bedauerwerthe ließ bei dem nächsten Bauer einen Wagen, dann aber kam die schwierigste Arbeit, die Schweine wieder einzufangen. Mit mitleidiger Menschen Hilfe gelang ihm aber auch dies, die Vorstenthiere wurden glücklich wieder auf den Wagen gebracht und darnach die Reise fortgesetzt.

† Behta. In der Nähe von Dielingen ist ein entsetzlicher Doppelmord begangen worden. Die Eheleute Rosenbaum, die auf der sogenannten „Teufelsburg“ allein ein etwas abgelegenes Haus bewohnten, wurden am Sonntag ermordet aufgefunden. Die Frau lag angekleidet hinter der Hausthür. Zu ihren Füßen lag eine Axt, mit der wohl der Mord begangen worden ist. Der Mann scheint bei dem Ueberfalle noch im Bette gelegen zu haben, denn seine Leiche lag unangekleidet davor. Nach der Mordthat haben sich die Mörder (denn es sind anscheinend mehrere gewesen) auf die Suche nach Raub begeben.

Theater und Musik.

„Gebrüder Vogt.“ Romisches Lebensbild mit Gesang in 6 Bildern von A. L'Arronge. Regie: Herr Koch. Der letzte Theaterabend brachte mit dem genannten dramatischen Gemengsel, das Gott weiß wie zu seiner wunderlichen, dem Inhalt direkt widersprechenden Bezeichnung gekommen sein mag, nicht viel Neues und Interessantes; eine unglaublich abgedroschene Handlung ohne Motivierung und sachgemäße Entwicklung, eine zufällige, einfältige Lösung der Verwicklung, mittelmäßige Musik und eine recht gewöhnliche Sprache. Dazu entsetzliche Kalauer und verzerrte Witzfragen, die mit dem Dargestellten nichtigst zusammengespinnelt sind, in dem sich rührselige Sentimentalitäten wie nagelneue Flicken in einem schlampigen, zerlumpten Gewande ausnehmen. Etwas so lahmes und geistverlassenes traut man dem jetzigen Direktor des „Deutschen Theaters“ in der Reichshauptstadt eigentlich nicht zu. Man konnte selbst von sehr naiven Zuschauern Klagen über die Langeweile und Albernheit vieler Scenen hören, und das will viel sagen. Anderen schien zwar der dramatische Kinderbrei recht gut zu munden, bekanntlich ist das aber von keiner Bedeutung für den Wert des Stückes, sondern nur ein Zeichen der bescheidenen Ansprüche mancher Zuschauer! Die Darsteller waren allseitig bemüht, aus ihren Rollen etwas zu machen; wenn auch nicht „die Stimmung im ganzen famos“ war, so sind ihnen doch die Augenblickserfolge in manchen Scenen zu danken. Auch die Regie verdient lobende Anerkennung, Herr Koch machte, was gemacht werden konnte.

Schiffs-Nachrichten.

Angelommen den 12. März: Daniels von Bremen, F. Willers von Nordenham, S. Düver, Hamburg.

Abgegangen: Mumm, Klockether, S. Reiners und C. Reiners sämtl. nach Bremerhaven.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Louise Beyer, Oldenburg mit Herrn Gustav Meyer Göttingen.

Geboren: Herrn A. Heinemann, ein Sohn, Oldenburg. Herrn Pastor Uthorn, eine Tochter, Gude. Herrn Ernst Lohse eine Tochter, Lössener Altenbeich. Herrn Hinrich Hillmer Jaderberg, eine Tochter. Herrn Fritz Orth, Apen, eine Tochter. Herrn Johann Eden, Bohlensberge, ein Sohn.

Gestorben: Hansmann Chr. Fr. Schophusen, Butteldorf. Lehrerin Fräulein Concordia Krang, Barel. Wittwe Jdo Ubers, Glenshamm. Frau Meta Biese, Ofternburg. Frau Pastorin Adelheid Friisius, Springen bei Pforzheim. Landmann Fr. Magn. Kaiser, Ebersten.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

In dem Kreise Sonderburg ist in der letzten Zeit eine Anzahl dänischer Unterthanen aus dem deutschen Staatsgebiet ausgewiesen worden. Der Grund ist in den meisten Fällen der, daß sie sich ohne Erlaubnis der Regierung in Deutschland niedergelassen haben. Den Ausgewiesenen ist nur eine kurze Frist gegeben worden.

Der Aufenthalt des Kaisers in den Reichslanden aus Anlaß der Herbstmanöver wird etwa 12 Tage dauern. Der Monarch wird während dieser Zeit auf dem neu angekauften Schloß Urville Wohnung nehmen. Da aber die Räumlichkeiten dieses Schloßes zur Abhaltung von Festlichkeiten ungeeignet sind, so werden letztere im Bezirkspräsidialgebäude zu Meß stattfinden, dessen Säle zwar nicht groß, aber immerhin ausgedehnter als die von Urville sind. An einem der Kaiserstage wird in Meß die Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal's erfolgen.

Unter den im Reichstage noch zu erwartenden neuen Vorlagen soll sich auch ein Gesetz über die Einführung der Einheitzeit und zwar zugleich für das bürgerliche Leben befinden.

Nach einer am Mittwoch vom Staatssekretär v. Voetticher im Reichstage abgegebenen Erklärung ist die von demselben im Deutschen Landwirthschaftsrath erwähnte Novelle zum Unterstüßungswohnungs-gesetz bereits an den Bundesrath gelangt; ein Urtheil darüber, wann der Entwurf an den Reichstag gelangen werde, konnte der Minister nicht abgeben. Auf konservativer Seite wünscht man dringend die Erledigung der Angelegenheit noch in der gegenwärtigen Session.

Es ist jetzt anzunehmen, daß man auf Grund der im Seniorencorvent des Abgeordnetenhauses am 7. d. M. mit den Ministern der Finanzen und der geistlichen Angelegenheiten geflochtenen Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis in Sachen des **Donbau-Projektes** gelangen wird. Den Voraussetzungen, unter denen eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich zur Bewilligung der Bausumme bereit erklärt hat, ist dem Vernehmen nach an maßgebender Stelle zugestimmt. Obwohl sich eine Anzahl von Gegnern der Bewilligung der Vorlage in verschiedenen Parteien mit den Deutschfreisinnigen ablehnend verhalten werden, so wird doch eine starke Mehrheit, deren Gros konservative, Zentrum und Polen bilden, jetzt die Forderung für den Dom bewilligen.

Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen Frauen weder als Studierende aufgenommen noch als Gasthörerinnen zu den Vorlesungen der Universitäten zugelassen werden. Es ist in Frage gekommen, ob und inwieweit eine Abänderung dieser Bestimmungen rathsam erscheint. Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat deshalb die Universitäts-Auktoren ersucht, sowohl die akademischen Senate wie die einzelnen Fakultäten über diese Frage zu hören und ihm deren Berichte mit eigenen gutachtlichen Äußerungen alsbald einzureichen.

Allmählich treten die Huldigungsakte, die das badische Land für den 25. April, den Tag des vierzigjährigen Regierungs-Jubiläums des Großherzogs vorbereitet, klarer hervor. So werden auf Anregung der der Städteordnung unterstehenden Städte die Vorstände sämtlicher Gemeinden des Landes eine Huldigungsadresse überreichen, die den Dank des Landes zum Ausdruck bringt; der Stadtrath der Residenz steht leitend an der Spitze. Die einzelnen Lebens- und Berufsstände schließen sich diesen Dankesbezeugungen an. So wird u. a. eine Adresse des Lehrkörpers der Mittelschulen vorbereitet.

Am Postschalter.

Novelle von Paul Michaelis.

Endlich einen Augenblick Ruhe. Der junge Herr Postsekretär lehnt sich behaglich in den Stuhl zurück und reißt die Arme. Dann wirft er einen Blick auf den Regulator, dessen Pendel mit leisem Ticken hin- und herschwankt, langsam, viel zu langsam für ungeduldige Erwartung. Noch fünf Minuten vor acht. Endlich wird man wieder einmal das Tagewerk hinter sich haben. Der Telegraph hinten fängt jetzt an zu klappern. Mechanisch horcht der junge Mann auf, welche Meldungen er bringt; denn er versteht die Sprache des elektrischen Apparates so gut, wie einst Merlin die der Vögel und Thiere des Waldes verstand. Eine kurze Meldung eines gewissen „Ferdinand“ an seine Gattin, daß er schon morgen zurückkommt, nebst vielen Grüßen und Küßen an Frau und Kinder. Der Glückliche! . . . Ob sie heute wiederkommen wird? . . . Noch ein paar Minuten, und der Schalter wird geschlossen. Vielleicht ist es am besten, wenn sie nicht kommt; und doch . . . Da hinten liegt der Brief. Es überläuft ihn heiß und kalt, wenn er daran denkt. Wirklich, er ist im Begriff, eine rechte Dummheit zu begehen. Und da ist sie auch schon; er hat sie sogleich wieder erkannt, trotzdem sie möglichst das Licht meidet, und einen langen dunklen Mantel umgehängt hat. Zaghaft tritt sie heran. „Ist vielleicht ein Brief unter „E. F. 40“ da?“ fragt sie mit leiser, aber wohlklingender Stimme. Der Herr Postsekretär sucht eine möglichst bärbeißige Amtsmiene aufzusetzen, trotzdem ihm das Herz bis an die

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bewilligte heute gegen 5 Stimmen die im Etat geforderte Summe von 300 000 Mark als erste Rate für den **Donbau**, nachdem der Kultusminister Graf Jedlig die Erklärung abgegeben hatte, daß die vom Landtag geforderten 10 Millionen als Beihilfe zu den Kosten angehen und weitere Anforderungen an den Landtag nicht gemacht werden sollen.

Der dem Bundesrathe zugegangene Gesetzentwurf über den **Schutz der Briefkasten und den Briefkastenverkehr im Kriege** soll dem Vernehmen nach Vorschriften verschiedener Landesgesetze beilegen. So soll er bestimmen, daß die Vorschriften der Landesgesetze, wonach das Recht, Tauben zu halten, beschränkt ist, und wonach im Freien betretene Tauben der freien Zueignung unterliegen, auf Militärtauben keine Anwendung finden. Von dieser Bestimmung werden die Landesgesetze in Preußen (im Geltungsgebiete des preussischen Allgemeinen Landrechts), Bayern, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Meißn. a. und j. L. betroffen werden. In diesen Einzelstaaten ist bisher das Recht, Tauben zu halten, beschränkt, insbesondere an die Voraussetzung landwirthschaftlichen Besitzes geknüpft. Ferner sollen landesgesetzliche Bestimmungen, auf Grund deren Sperren für den Taubenflug bestehen, auf Militärbriefkasten keine Anwendung finden. Solche Sperren sind eingeführt bzw. können durch Ortsstatut für einzelne Bezirke eingeführt werden in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Anhalt, den beiden Fürstenthümern Schwarzburg und in Elsaß-Lothringen. Schließlich sollen auch auf Militärbriefkasten die landesgesetzlichen Vorschriften keine Anwendung finden, nach welchen Tauben, die in ein fremdes Taubenhaus übersehen, dem Eigenthümer des letzteren gehören. Hiervon werden die Gebiete des französischen Rechts und des badischen Landrechts betroffen werden.

Bei der Rechnungsabnahme hat die Igl. Regierung öfter bemerkt, daß die unter den Pensionen u. Quittungen unter Beidrückung des **Magistrats** bzw. **Amtes** abgegebene Bescheinigung anstatt von dem Vorsteher der Behörde bzw. dessen gesetzlichen Stellvertreter vielfach von Stadtschreibern, Magistratsbureauassistenten oder von Privatsekretären der Amtsvorsteher unterschrieben vollzogen sind. Dieses Verfahren entspricht nicht den bestehenden Vorschriften, wonach die Urtheile unter den Quittungen von öffentlichen Beamten, welche ein Dienstzeugnis zu führen berechtigt sind, unter deutlicher Beidrückung des letzteren und Angabe ihres Amtescharakters ausgestellt sein müssen. Die Regierung hat deshalb Veranlassung genommen, die Magistrate unter Hinweis auf den im Ministerialblatt für die innere Verwaltung von 1854 (Seite 125) abgedruckten Staats-Ministerial-Beschluß vom 31. Mai 1854, welcher auf die Kommunal- und andere Behörden gleichmäßig anwendbar erscheint, zu eruchen, für die Folge, falls dies bisher nicht schon geschehen sein sollte, hiernach zu verfahren.

Nach dem am Donnerstag Mittag ausgegebenen Bulletin ist in dem Bestinden des Großherzogs von Hessen eine Besserung eingetreten. Die Tribung des Bewußtseins, sowie die Athemnoth und das Schlingen haben unverkennbar abgenommen. Im Uebrigen ist der Zustand unverändert. Professor Kubanow, welcher das Bulletin unterschrieben hat, ist wieder abgereist. Die Kirchenbehörden haben Fürbitten für den Kranken angeordnet.

Donnerstag Nachmittag trat der **Bundesrath** zu einer Plenarsitzung zusammen. Vorher tagten die Ausschüsse für Justizwesen und für Handel und Verkehr.

Die Ausprägung der Reichsmünzen stellte sich im Monat Februar auf 5 925 960 Mark in Doppelkronen, 240 486 Mark in Einmarkstücken und 35 472,35 Mark in Centmünzstücken.

Die Bahnen von örtlicher Bedeutung, welche nicht als Nebenbahnen Theile des allgemeinen Eisenbahnnetzes sind und demzufolge nicht dem Eisenbahngesetz vom 3. November 1838 unterliegen, entbehren in Preußen noch der besonderen gesetzlichen Ordnung. Ihre Rechtsverhältnisse sind demzufolge theils nicht völlig rechtsfester, theils nicht zweckmäßig geregelt. In dieser Unbestimmtheit und Unzulänglichkeit des geltenden Rechts ist eine der Ursachen dafür zu suchen, daß die Entwicklung dieses wichtigen Zweiges unseres Verkehrswezens hinter der in Ländern mit ähnlichen wirthschaftlichen Verhältnissen zurückgeblieben ist. Diesem Uebelstande beabsichtigt der nunmehr Allerhöchsten Orts genehmigte Gesetzentwurf über die **Bahnen unterster Ordnung** abzuhelfen. Der Entwurf, welcher in den nächsten Tagen dem Herrenhause zugehen wird, stellt sich das Ziel, die öffentlichen Rechtsverhältnisse der Kleinbahnen im Zusammenhange zu ordnen. Leitender Grundsatz soll dabei sein, daß bei Wahrung der berechtigten öffentlichen Interessen gleichwohl die Beschränkung der Belastung dieser Bahnunternehmungen auf das mit den Rücksichten des Gemeinwohls verträgliche geringste Maß beschränkt wird; denn nur hierdurch kann einerseits die kräftige Entwicklung dieses wichtigen Verkehrsweizes und andererseits die Befreiung des Privatkapitals an demselben in erwünschtem Maße gefördert werden. Es sollen daher für diese kleinen Bahnen die bezüglichlichen Vorschriften für Nebenbahnen nicht in Betracht kommen, sondern ihre Rechtsverhältnisse sollen selbstständig nach der Natur und den Bedürfnissen derselben neu geordnet werden. Es gilt dabei vornehmlich die Rechtsverhältnisse dieser Kleinbahnen zu dem allgemeinen Staatsbahnnetze wie untereinander, gegenüber der Polizeigewalt und dem Steuerungsrecht des Staates, gegenüber den Interessen der Landesverteidigung und der Post- und Telegraphenverwaltung sowie endlich gegenüber den Strageneigenthümern (Gemeinden) und den Anliegern der Bahnlinien zu regeln.

Der **Bundesrath** hat in seiner am Donnerstag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs Dr. v. Bötticher abgehaltenen Sitzung den Gesetzentwurf zum **Schutz der Briefkasten** und über den Briefkastenverkehr im Kriege, den Gesetzentwurf wegen Aenderung des Gesetzentwurfs über den Unterstüßungswohnungs vom 6. Juni 1870 sowie den Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1892/93 (Erhöhung der Mittel für die Chiffagier-Ausstellung) den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dem Ausschußbericht über den Entwurf eines Oedgesetzes zugestimmt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die letzten Wahlen in Ungarn haben noch ein blutiges Duell im Gefolge gehabt. Dasselbe hat zwischen dem Staatsanwalt Dr. Kubinyi und dem Komitars-Archivar Frys Heberich in Vito-Szent-Miklos stattgefunden. Es waren unerhörte strenge Bedingungen festgesetzt: dreimaliger Aueswechsel auf 15 Schritte, im Falle der Resultatlosigkeit Fortsetzung des Duells mit Säbel ohne Bandagen bis zur Kampfunfähigkeit. Heberich hat in diesem Kampf auf Tod und Leben einen tödtlichen Stich in die Bauchgegend erhalten. Sein Hinscheiden ist für bald zu erwarten. Die Ursache des Duells war ein Wortwechsel während der Wahlbewegung zwischen Kubinyi als Maroder der Regierungspartei und Heberich, welcher einer der Führer der Nationalpartei im Komitate war.

England. Ein im Solde der französischen Regierung stehender Spion, ein gewisser Eduard Holden, ist am 5. März in Manchester verhaftet worden. Holden, der früher als Gemeiner im englischen Geniecorps gedient hat, wird beschuldigt, den Verriath gemacht zu haben, sich genaue Pläne von den Festungswerken und von der Aufstellung der Artilleriebatterien in Gibraltar zu verschaffen.

Frankreich. Zu den Dynamitdiebstählen wird berichtet, die Pariser Polizei habe bei den jüngsten von ihr vorgenommenen Hausdurchsuchungen bei den Führern der internationalen sozialistisch-anarchistischen Gruppen in Paris verschiedene Korrespondenzen

Rehle schlägt. Er holt einen größeren Paden postlagernder Briefe hervor.

„Hier“ jagte er dann gleichgültig, indem er ihr einen davon zuschiebt.

Mit einem leisen „danke“ nimmt sie ihn auf und macht sich eilend davon. Er schaut ihr mit schwindender Beklemmung nach. Nun es gethan ist, kommt es über ihn wie eine Erleichterung.

„Dummes Ding.“ flüstert er; „sie wird sich wundern.“ Da schlägt auch schon die Erlösungstunde. Bald sind die Bücher in Ordnung gebracht, und der Herr Postsekretär kann sich auf den Heimweg machen. Nachdenklich humpelt er durch die Straßen.

Eine wunderliche Geschichte das! Eigentlich geht sie ihn nicht das geringste an. Er hat die junge Dame vorgestern zum ersten Mal gesehen. Aber schon damals ist ihm das zarte blasse Gesicht und die anmuthige Beweglichkeit ihrer Gestalt aufgefallen. Sie erkundigte sich nach Briefen unter der angegebenen Chiffre. Aber es war nichts eingelaufen. Ebenjowenig am folgenden Tage.

Was es wohl sein möchte, das sie suchte? Vielleicht eine Stellung in irgend einem Geschäft? Aber nein, dazu tritt sie nicht fest und sicher genug auf. Vielleicht eine heimliche Korrespondenz mit einem Liebhaber? Doch dazu schaut sie zu unschuldig in die Welt. Endlich kommt er durch Zufall dahinter. Als er heute Morgen die Zeitung in die Hand bekommt, findet er die Chiffre wieder. Es ist eine Annonce in der bekannten Art. „Ein junges, alleinlebendes Mädchen, das sich nach einer häuslichkeit sehnt, sucht mit einem braven Manne behufs Heirath in Korrespondenz zu treten u.“ Also das ist die Lösung des Räthfels.

Der junge Herr Sekretär entrüstet sich nicht wenig,

Wie kann ein so hübsches, anmuthiges Mädchen so thöricht sein, auf solchem Wege eine Heirathspartie zu suchen. Wie leicht kann sie einem Schwindler in die Hände fallen und sich zeitweilig unglücklich machen. Und wie unweiblich ist das, sich selbst gleichsam auszubieten! Wahrhaftig, sie verdiente schon, daß man ihr eine tüchtige Strafpredigt hielte. Nun, glücklicher Weise hat wenigstens keiner darauf angebissen. Die Annonce war wohl zu schlecht und wurde deshalb übersehen. Aber um so mehr ist es Zeit, daß man ihr den Standpunkt einmal klar macht.

So setzt er sich denn hin und schreibt einen vier Seiten langen Brief, der von Entrüstung und Lebensweisheit strotzt. Nach einer längeren Einleitung über die Pflicht der Zurückhaltung besonders für das weibliche Geschlecht und nach einer beredten Jeremiade über die heutige Zeit im allgemeinen und die großen Städte im besonderen, macht er die junge Dame auf das Unpassende ihres Schrittes aufmerksam und warnt sie zugleich, ihr Lebensglück auf so trügerischem Grunde erbauen zu wollen, wie es eine Heirathsannonce ist. Mit Befriedigung setzt er seinen Namen darunter: „Vochachtungsvoll ergebenst Adolf Richter, Postsekretär.“ Das wird sie hoffentlich zur Reaison bringen. Trotzdem will ihm jetzt, da er langsam seiner Wohnung zuschreitet, bei seinem moralischen Heldenstück nicht recht wohl werden. Im Grunde, was hat er sich um das Alles zu kümmern? Tag für Tag gehen Tausende von Briefen durch seine Hände, freudigen und traurigen Inhalts, wichtige und nichtige, solche, nach denen eifrige Herzen seit Wochen und Monaten seufzen, und solche, die kaum gelesen in den Papierkorb wandern. Er selbst ist immer unberührt davon geblieben. Daß sie richtig frankirt und adressirt waren, das war seine Sorge dabei. Was sie brachten, darüber hatte er nicht zu entscheiden.

denzen beschlagnahm, welche beweisen sollen, daß in der That Anarchisten als Anstifter zu denselben beteiligt waren, daß von den gestohlenen Patronen und sonstigen Sprengkörpern vermuthlich nichts oder doch nur noch sehr wenig in Frankreich geblieben ist und daß die Vernehmung größerer Parteien von Sprengmitteln nach Böhmen oder Oesterreichisch-Polen nach der Schweiz und nach Belgien stattgefunden hat, eine weitere Spur führt nach Marseille und von dort anscheinend nach Odesa.

Spanien. Der Prozeß gegen die Theilnehmer an den anarchischen Kundgebungen vom 1. Mai 1891 ist am Mittwoch in Kadix zu Ende geführt worden. Alle Angeklagten wurden freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt; in dem Augenblick, wo sie das Gerichtgebäude verließen, veranstalteten ihre anarchischen Genossen eine Kundgebung gegen die Gendarmerie. Letztere machte von den Waffen Gebrauch; einige Anarchisten wurden verwundet, mehrere verhaftet.

Koloniales.

Der Angelpunkt unserer Kolonialpolitik ist Deutsch-Südwest-Afrika geworden. Dort wird sich entscheiden, ob unsere Regierung zu einem festen und zielbewußten Vorgehen kommt oder nicht. Mit Begründung wurde in der Budget-Kommission des Reichstages die Mittheilung des Regierungs-Vertreters aufgenommen, der Reichskanzler habe es abgelehnt, sich auf eine neue Fristverlängerung für die Verhandlungen mit dem hamburgisch-englischen Syndikat einzulassen. Leider hat aber Geh. Rath Dr. Kayser diesen Standpunkt der Regierung durch die Erklärung wieder aufgehoben, die Engländer hätten telegraphisch um Wiederaufnahme der Verhandlungen nachgesucht, das könne man nicht ablehnen. Ob freilich irgend eine Vereinbarung zu Stande käme, vermöge er nicht abzusehen. Dadurch ist, wie die „Fr. Ztg.“ ganz richtig bemerkt, dreierlei bewiesen, erstens, daß die Hamburger Namen nur als Decorum dem Syndikat beigelegt waren, dann zweitens, daß die Regierung zu einem festen Entschlusse noch nicht gekommen ist, und endlich drittens, daß wir immer noch auf dem Standpunkte des Ungewissens stehen. Auch aus anderen Äußerungen des Geh. Rathes Dr. Kayser läßt sich entnehmen, daß man zu einer vollen Erkenntniß der Sachlage in Deutsch-Südwestafrika in den maßgebenden Kreisen noch nicht gekommen ist. Offen wird von ihm anerkannt, daß der unbefriedigende Zustand in Südwestafrika noch fortdauere, die Sicherheit des Schutzgebietes sehr noch ihrer Lösung entgegen. Dem stellvertretenden Reichskommissar Herrn v. François werde es vielleicht in einiger Zeit gelingen, mit einem gewissen Wohlwollen auf Hendrik Witbooi Einbruch zu machen. Einmal Räuber aber, der das Land verwüestet und der seine Praxis niemals ändern kann, da sein Volk zur Arbeit zu faul ist, mit Wohlwollen gewinnen zu wollen, — diesen Gedanken sollte doch eine kräftige, zielbewußte Regierung gar nicht aufkommen lassen. Weiter ist viel von Viehzucht, Ansiedelungen, Ackerbau in seinen Darlegungen die Rede gewesen; doch sind das alles Dinge, die erst in zweiter Reihe zur Erwägung stehen; denn darüber sind schon alle diejenigen, welche sich in sachlicher Weise mit dem Lande und mit Südafrika überhaupt beschäftigt haben, einig, daß unser Schutzgebiet gerade so für Europäer ansiedelungsfähig ist wie Kapland und Transvaal. Sich viel mit den einzelnen Fragen der Ansiedelung zu beschäftigen, ist aber ganz müßig, so lange die jetzigen Zustände fortdauern. An erster Stelle haben wir die Pflicht, die Ruhe herzustellen, den Räuber und alle Aufständigen niederzubalgen und zu bestrafen; dann aber in zweiter Linie muß eine regelmäßige Verbindung des Landes mit Deutschland hergestellt werden. Deutsch-Südwestafrika hat einerseits ein vorzügliches auch für Europäer zukünftiges Klima, dann aber ist dort ein fertiger, gesuchter, nie abnehmender, sondern sich leicht vermehrender Handelsartikel vorhanden, wir brauchen uns also nicht erst, wie in Afrika, zu bemühen und mit ungeheuren Kosten und langwierigen Anstrengungen solche zu schaffen; unter solchen Verhältnissen haben wir Ruhe, die Ansiedelungsfrage langsam und bedächtig in Angriff zu nehmen, ja wir können sie getrost sich selbst überlassen, sie würde sich ohne unser Zutun bei Gelegenheit der

richtigen Verwaltungsmaßregeln selbst entwickeln. Aber Grundbedingung ist, daß die Regierung sich zu selbstständigem, festem Eingreifen versteht.

Aus Nachrichten, welche von Baliburg in Kamerun Anfang Januar datiren, ergibt sich, daß damals Dr. Zintgraff sehr beschäftigt war, sowohl dort Kultur-Anlagen zu schaffen, wie die Vahl militärisch zu schulen, so daß sie bei dem bevorstehenden Kampfe gegen die Bafuti und Wandeng zu verwenden sind. Es ist auf Baliburg bereits ein Magazinebüchlein placirt und es werden noch mehrere Granatgeschütze und etwa tausend Gewehre mit Munition erwartet, die jetzt noch auf der Barombitstation liegen. Dr. Zintgraff setzt ein großes Vertrauen in die Tüchtigkeit der Stämme des Hinterlandes und man kann nur hoffen, daß der Versuch, diese Leute zu bewaffnen, glücklich auszufallen werde, denn es giebt viele Kenner des Negercharakters, die von diesem Schritte abgerathen haben. Im Zusammenhang damit steht wohl, daß in der letzten Zeit zur Unterstützung der Zintgraff'schen Expedition fünf Leute die Ausreise nach Kamerun angetreten haben, unter denen sich zwei Unteroffiziere befinden. Doch ist dies auch aus dem natürlichen Begehren zu erklären, da mehrere Herren der Zintgraff'schen Expedition nach Europa zurückkehren. Der Landwirth Kirlein ist kurze Zeit auf Barombi gewesen und wegen Krankheit auf dem Rückwege begriffen. Der Rittmeister Gemmingen ist aus dem Verbands der Expedition entlassen worden und ist nur bis zur Nyjimbitation gekommen. Die beiden anderen Offiziere, von Steinaecker und Hüter, befinden sich auf Baliburg, mit der Bildung der Truppe beschäftigt. Der Marsch nach Baliburg ging ohne besondere Zwischenfälle vor sich, nur einmal wurde Rittmeister von Gemmingen angegriffen, der Feind aber geschlagen.

Nachfolger des Ingenieurs Mittelstädt, der bisher die Vorarbeiten für die Eisenbahn von Tanga nach Korogwe leitete, durch Privatverhältnisse aber gezwungen ist, nach Europa zurückzukehren, ist der Ingenieur Wunder, der bis vor kurzem lange Zeit deutsche Interessen in Siam vertreten hatte. Er gilt für einen hervorragenden Fachmann und wurde in diesen Tagen in Tanga erwartet. Eine Unterbrechung des Eisenbahnunternehmens ist mithin keineswegs beabsichtigt. Die Vorarbeiten werden vielmehr nachhaltig gefördert werden. Die Ausführung wird alsdann rechtzeitig beginnen. Der englische Wettbewerb wird sie nicht hindern können. Die Engländer sollen übrigens in Zanjibar auf einige unerwartete Schwierigkeiten stoßen. Ein Sohn des vorletzten Sultans ist Führer einer zwar nicht sehr zahlreichen aber tüchtigen Partei, die gegen den neuen Freiheitens Einspruch erhebt, zu welchem, wie sie behauptet, der gegenwärtige Sultan die Genehmigung zu erteilen nicht berechtigt gewesen sei.

Als Schaden ersatz für die im September und Oktober 1890 den deutschen Unternehmern im Witulande durch die dortigen Unruhen entstandenen Verluste sind, wie die „Saaleztg.“ meldet, vom Auswärtigen Amte bisher gezahlt worden: 10 870 Mark an die Erben des ermordeten Andreas Künzel aus Eppenreuth in Bayern, 3750 Mark an den Vater der ermordeten Gebrüder Horn Neffen des Andreas Künzel aus Reustadt a. Saardt, 10 000 Mark an Josef Friedrich aus Brainsberg in Dürrenberg, 1500 Mark an Fritz Häfner aus Bamberg, 10 000 Mark an Robert Wendorf aus Salfitz bei Zeitz, 1800 Mark an W. Schlunke aus Lützenwalde, 10 000 Mark an Schönerz aus Zeitz und Toft aus Somnitz (Riesengebirge), 5000 Mark als Abtheilungszahlung an die Suabeli-Gesellschaft zu Händen des Geh. Ober-Regierungs-raths Bornmann zu Oldenburg. Eine Entschädigung von etwa 150 000 Mark wird voraussichtlich an die Gebrüder Denhardt in Almenau zur Ausführung gelangen.

Arbeiterbewegung.

Cleveland, 10. März. Die hiesigen Eisenwerkbesitzer sind heute an die Schienenfeuer zu lächeln und man erwartet, daß bis zum nächsten Sonnabend von den jetzt sich im Betriebe befindlichen 83 Hochöfen 70 außer Thätigkeit sein werden. Cleveland geht einer schmerzlichen Zeit entgegen. Haus-

brand ist nur mit Schwierigkeiten selbst zu hohen Preisen aufzutreiben.

D.B.Hd. Prag, 9. März. Die gesammte Belegschaft des Wilhelmhaches (des Duzer Kohlenvereins) streikt. Am vergangenen Samstag wurde drei Arbeitern gekündigt, weshalb 39 Mann die Einfahrt verweigerten; als auch diesen 30 Mann gekündigt wurde, erklärte die ganze Nachschicht, sie werde vor Zurücknahme der Kündigung nicht mehr arbeiten.

Brüssel, 10. März. Die meisten der Sechen Henne-gaus kündigen Forderungsbeschränkungen und zehnprozentige Lohnreduktion an.

London, 10. März. Die kleinen Kohlenhändler im südlichen Theile Londons haben heute den Kohlenpreis um 2d. per Zentner erhöht. Da die Kohlenvorräthe verschiedener Gasanstalten schnell zur Neige gehen, so sieht man einer abermaligen Preissteigerung entgegen.

W.T.B. London, 10. März. (Meldung des „Reuter'scher Bureau's“.) Die schottischen Bergleute mit Ausnahme derjenigen von Strathgairn, haben beschlossen, von einer allgemeinen Einstellung des Betriebes abzugehen, statt dessen aber die Arbeit auf 5 Tage in der Woche zu beschränken.

Selzenkirchen, 10. März. Der Verbands-Vorsitzender Schröder eruchte die Bergleute, zum Nachtheile der streikenden englischen Kameraden keine Ueberbieten zu machen.

Paris, 10. März. Der Präsident Carnot unterzeichnete heute ein Dekret, durch welches die anlässlich des letzten Streiks verurtheilten Droschkenkutscher begnadigt werden.

Venedig, 10. März. Hier fanden in den letzten Tagen mehrere Ansammlungen Arbeitsloser statt.

Parlamentarisches.

§§ In der Budgetkommission des Reichstages wurde Mittwoch der Gesetzentwurf über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften in folgender, gegen die Beschlüsse erste Lesung mehrfach abgeänderter Fassung in zweiter Beratung angenommen: § 1. Die Familien der aus der Reserve, Landwehr oder Seeweehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften erhalten auf Verlangen aus Reichsmitteln Unterstützungen. Den Familien der Mannschaften aus der Ersatz-Reserve werden dieselben Unterstützungen für die zweite und dritte Uebung gewährt. Der Anspruch auf Unterstützung erlischt, wenn das Verlangen binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung bei der Gemeindebehörde nicht angebracht wird. Die Gewährung der Unterstützungen richtet sich, soweit nach folgend nicht Besonderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 § 2: Die täglichen Unterstützungen sollen betragen: a) für die Ehefrau 30 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes, b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes, mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 60 Prozent des Betrages des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigt. (Die gesperrt gedruckten Worte sind Abänderungen, bezw. Zuläge der Kommission). § 3 (Die bewilligten Unterstützungsbeiträge sind in wöchentlichen Raten voranzuzahlen wurde gestrichen). § 4, der in der ersten Lesung ebenfalls gestrichen worden war, erhielt folgende neue Fassung: Die gezahlten Unterstützungen werden aus Reichsmitteln erstattet. Die Erstattung hat vor Ablauf des Etatsjahres zu erfolgen, in welchem die Zahlung stattgefunden hat. Ein in erster Lesung beschlossener § 4a (Die Unterstützungen, welche auf Grund dieses Gesetzes gewährt worden, haben nicht die Eigenschaft von Armenunterstützungen) wurde in zweiter Beratung gestrichen. § 5: „Dieses Gesetz tritt am 1. April 1892 in Kraft“ — wurde vorläufig angenommen. Schließlich wurde auf Antrag des Abg. Dr. Hartmann-Blauen folgender neue § 6 beschlossen: Unter-

Er hat still für sich hingelegt, die Zeit bis jetzt, ohne viel mit der Welt in Verührung zu kommen, oder sie mit ihm. Pflichterfüllung in seinem Dienste, in den freien Stunden sich vorwärts bildend, hat er es kaum bemerkt, wie einsam es um ihn war. Nun auf einmal will er aus seiner Rolle eines unbetheiligten Beobachters heraustreten und sich einmischen in das Streben und Verlangen seiner Mitmenschen, ihre Entschlüsse beeinflussen und sich zum Richter aufwerfen über ihre Handlungen. Wer weiß, vielleicht weist man ihn mit schönen Worten zurück und verbittet sich eine Aufdringlichkeit, zu welcher er durch nichts berechtigt ist.

Bei diesem Gedanken überläuft es ihn heiß und kalt. Er fühlt auf einmal, daß es ihm nicht gleichgültig ist, was die hübsche junge Dame über ihn denkt, sowie er selbst an ihren Geschichten einen größeren Antheil nimmt, als die Sache zu erfordern scheint. Aber umsonst, daß er versucht, diese Schwäche, die ihm thöricht erscheint, abzuschütteln. Das junge, bleiche Gesicht und die harmonische Gestalt des Fräuleins, das auf „diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ einen Mann sucht, schwebt ihm beständig vor Augen. Und auch als er sein Abendbrot verzehrt hat und mit Eifer den Postalmarch des neuesten Jahrganges aufschlägt, um seine Fachkenntnisse zu erweitern, kann er dem hochgeachteten Buche nicht dasselbe Interesse wie sonst entgegenbringen, und er ertappt sich zu seiner Beschämung mehr als einmal bei Gedanken, die mit dem vorliegenden Gegenstande recht wenig zu thun haben. Beständig sieht er vor sich zwei dunkle Augen, die ihn schon fragend anblicken und ihm Vorwürfe zu machen scheinen, daß er so grausam eine schöne Hoffnung geknickt hat.

Als er am andern Morgen ins Bureau kommt, liegt für ihn selbst ein Brief da. Seine in Handschrift

geübten Augen erkennen auf den ersten Blick, daß er von einer Dame herrührt. Erstaut betrachtet er ihn. Sollte er von ihr sein? Denn er wüßte sonst wirklich nicht.

Zweifelnd wägt er ihn in der Hand hin und her und betrachtet Vorder- und Rückseite mit ängstlicher Genauigkeit. Dann aber schneidet er ihn sauber auf, mit einer Vorsicht, die ihm sonst fremd ist.

Es ist ein langer Brief, vier eng geschriebene Seiten. Die Unterschrift Elise Franke, also offenbar von ihr. Eifrig vertieft er sich nun in die Lektüre desselben, die vier Seiten hastig überfliegend. Dann liest er ihn noch einmal langsame und ganz langsam ein drittes Mal, worauf er den Kopf in die Hand stützt und traumverloren vor sich nieder blickt.

Es sind rührende Worte, die er da gelesen hat. Worte einer einsamen Seele, die sich nach Verständigung und Gemeinschaft sehnt. Er blickt tief in ein einförmiges, lichtloses Leben ohne Reiz und Abwechslung; er sieht ein Herz, das die Ketten der niederen Alltäglichkeit zerreißen möchte, beständig niedergezogen in einen ärmlichen Kampf um ein beschwerliches Dasein. Sie deutet ihm kurz die Geschichte ihrer Jugend an. Früh verwais, ist sie bei hartherzigen Leuten ergogen, die ihre schwache Kraft über Gebühr ausnützten. Dann, kaum der Schule erwachsen, war sie ganz auf sich selbst gestellt. Sie ist geschickt in Stickerien und hat sich damit ihr Brot verdient. Aber wie mühselig und beschwerlich! Wie schwer hält es oft genug, nur Arbeit zu bekommen, und wie schlecht wird sie bezahlt! Bei der Arbeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend bringt sie doch kaum mehr als das tägliche Brot. Und dazu die Einsamkeit! Kein mitfühlendes Herz, dem sie sich vertrauen kann! Unter den Millionen Menschen um sich doch wie in einer Wüste. Da hätte sie denn,

den Entschluß gefaßt, den er so hart getadelt habe, um auf diese Weise sich vielleicht in eine bessere Zukunft zu retten. Aber nachdem sie seinen Brief gelesen, sehe sie wohl ein, wie thöricht sie gehandelt und sie bitte ihn deshalb um Verzeihung und danke ihm zugleich für seine freundliche Zurechtweisung.

Der junge Herr Postsekretär fühlt sich geknickt. Hätte sie nur wenigstens einige Enttäuschung gezeigt, hätte sie sich seine Einmischung verbeten, am besten mit harten Worten, dann hätte man doch wenigstens ein Recht, sich zu ärgern. Aber so? . . . Wahrhaftig, es ist doch nicht so leicht, den Sittenrichter zu spielen und nach einer Schablone zu loben oder zu tadeln. Die Welt ist oft so ganz anders, als man sie sich am Schreibtische träumt.

Aber was kann er thun? Wiederkommen wird sie schwerlich; auch ihre Adresse hat sie nicht angegeben. Er kann sich nicht einmal entschuldigen. Wirklich, er hätte seine Hände aus dem Spiel lassen sollen.

Und seine Stimmung wird noch verschlimmert, als er unter einem Haufen postlagernder Briefe auch einen mit „E. F. 40“ bezeichneten entdeckt. Teufel auch, also da ist doch einer, der auf die Annonce antwortet! Natürlich ein Betrüger, der das arme Mädchen anführen und sitzen lassen wird.

Wenn man nur wenigstens wüßte, wo sie wohnt. Nun vielleicht kann man es erfahren.

„Sagen Sie mal, lieber Muschle,“ redet er den alten grauen Postboten an, der eben in seine Nähe kommt, und der im Bezirk jeden Hund kennt, „wissen Sie vielleicht, ob in unserem Revier ein Fräulein Elise Franke wohnt?“

„Franke?“ sagt der Alte sinnend. „Ja, das wird wohl die Näherin bei Wittve Krause sein.“ Und er nennt Straße und Hausnummer. „Bier Treppen hoch,“ setzt er

führungen nach Maßgabe dieses Gesetzes werden auch rüch-
sichtlich solcher Friedensübungen gewährt, welche ganz oder
theilweise in der Zeit vom 1. April 1892 bis zum
1. Juli 1892 stattgefunden haben. Ist die Friedensübung vor
dem Inkrafttreten des Gesetzes beendet, so beginnt die vierwöchige
Freist für die Anbringung des Unterstützungsanspruches mit dem
1. Juli 1892.

§§ In die Volksschulgesetzkommission ist an
Stelle des Abg. Wessel (freikonj.) der Abg. Lückhoff ein-
getreten.

Zu dem Gesetzentwurf über den Belagerungszustand
in Elsaß-Lothringen haben die nationalliberalen Reichs-
tagsabgeordneten Dr. Petri und Dr. v. Cuny in der zur
Vorberatung dieser Vorlage gewählten, am 11. d. M. zu-
sammentretenen Kommission den Antrag eingebracht,
unter Ablehnung dieses Gesetzentwurfs die verbündeten Regierun-
gen zu ersuchen, einen für das ganze Reichsgebiet be-
stimmten Entwurf des im Art. 68 der Reichsverfassung
vorgesehenen Reichsgesetzes über den Kriegszustand dem Reichstage
baldigst vorzulegen.

§§ In der Volksschulgesetzkommission wurde
der dritte Abschnitt der Vorlage beraten. Derselbe beginnt
mit § 51, welcher lautet: „Die Verwaltung der äußeren Ange-
legenheiten der Volksschule steht der Gemeinde (Gutsbezirk,
Schulverband) zu und erfolgt nach den Vorschriften der
Gemeindeverfassungsgesetze, in Schulverbänden vorbehaltlich der
besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes nach den für kom-
munale nachbarliche Verbände gegebenen Vorschriften.“ Nach-
dem in der vorigen Sitzung der Kommission der
Prinzipalanspruch der freikonfessionellen, nationalliberalen und
freisinnigen Partei auf Ueberweisung des ganzen dritten, die
Verwaltung der Volksschulangelegenheiten betreffenden Abschnittes
an eine Subkommission abgelehnt worden, haben die drei Parteien
sich über einer Reihe von einzelnen Abänderungsanträgen ver-
ständigt. Zunächst beantragen sie in § 51, hinter dem Worte
„erfolgt“ einzufügen: „vorbehaltlich der besonderen
Bestimmungen dieses Gesetzes“ in Gemeinden nach
den Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze u. s. w. Minister
Graf Zedlitz hält es verfassungsmäßig für zulässig, den Gemeinde-
organen auch die Verwaltung von inneren Schulangelegenheiten
zu übertragen. Diese Uebertragung könne sich aber nur auf
Personen beziehen und jederzeit zurückgenommen werden. Auch
die Abgg. Brühl, Kintelen und Graf Limburg-
Stirum treten für den Antrag ein, welcher alsdann einstimmig
angenommen wird. Die §§ 52 und 53 (Schulausschuß, welcher
für eine eventuelle Unterverteilung der Schullasten zu wählen
ist) wurden mit geringen, im Wesentlichen redaktionellen
Abänderungen nach den Vorschlägen der drei Parteien
genehmigt. Die §§ 54 bis 58 (Aufsicht über die Verwaltung
der äußeren Angelegenheiten der Volksschule wird unter Ober-
leitung des Unterrichtsministers von dem Regierungspräsidenten
und den Landräthen, für den Stadtkreis Berlin von dem Pro-
vinzialschulkollegium geübt) passiren ohne wesentliche Debatte
nach der Regierungsvorlage. § 59 lautet: „Der Regierungs-
präsident (Provinzialschulkollegium in Berlin) kann sich
zur Durchführung seiner Anordnungen der einfachen und
verstärkten Kreis- (Stadt-) Schulbehörden bedienen, die-
selben mit Anweisung versehen, auch ihnen innerhalb
ihres Geschäftskreises einzelne Angelegenheiten zur selbstständigen
Erledigung übertragen. Abt. 2. Gegen die Anordnungen der-
selben findet vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses
Gesetzes die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt.“
Die drei Parteien beantragen, den Abt. 1 des § 59 folgen-
dermaßen zu fassen: „Der Regierungspräsident (Provinzialschul-
kollegium in Berlin) kann sich, außer der Landräthe und Schul-
aufsichtsbeamten, zur Durchführung seiner Anordnungen der ein-
fachen und verstärkten Kreis- (Stadt-) Schulbehörde be-
dienen, dieselben in solchen Angelegenheiten, welche ihnen nicht
zur selbstständigen Erledigung überwiesen worden sind, mit
Anweisung versehen, auch ihnen einzelne zu seinem Geschäftskreise
gehörige Angelegenheiten zur selbstständigen Erledigung übertragen.“

Die Konservativen beantragen dagegen, den Abt. 2 des
§ 59 zu streichen und folgenden § 59a einzufügen: „Gegen die
Anordnungen der verstärkten Kreis- (Stadt-) Schulbehörde
findet, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes,
die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt. Abg. Han-
sen begründet den ersten Antrag, welcher bezweckt, den Interessen der
Gemeinde Schutz zu bieten und letztere vor allzugroßer Be-
lastung zu bewahren. Er bittet auch um Annahme des Antrages
der Konservativen. Minister Graf Zedlitz erklärt sich mit dem
ersten Antrage einverstanden, wenn zugleich der zweite ange-
nommen werde. Darauf werden beide Anträge angenommen.
— Die Kommission vertagt sich darauf bis Freitag Vormittag
10 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, von
Malzahn, von Stephan, von Marichall.

Die Spezialberatung des Etats der Zölle, Ver-
brauchssteuern und Averse wird fortgesetzt. Zu dem-
selben liegt der von den Deutschkonservativen und 4 national-
liberalen pfälzischen Abgeordneten eingebrachte Antrag vor, die
verbündeten Regierungen zu ersuchen, möglichst noch in dieser
Sitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin die Erhöhung des
Tabakzolles von 85 auf 125 Mark für den Doppelzentner aus-
gesprochen wird.

Abg. Brünings (ntl.) tritt im Interesse der pfälzischen
Tabakbauer für die Erhöhung des Zolles ein. In den Kreisen
dieser tabakbauenden Landwirthe der Pfalz herrsche eine hoch-
gradige Verbitterung und Entrüstung über die durch das Miß-
verhältnis zwischen Zoll und Steuer dem inländischen Tabakbau
bereitete ruinöse Konkurrenz. Der Landmann müsse die Früchte
seines leichten Sandbodens wieder selbst ernten; das lasse sich
ohne Schädigung der Händler und der Konumenten auf dem
Wege der Erhöhung des Zolles um 40 Mark erreichen.

Abg. Clemm-Ludwigshafen (ntl.): Durch das Zurückgehen
der Preise sind die Pfälzer, obwohl sie ebenso eifrig und un-
verdrossen thätig sind als früher, ganz außerordentlich zurück-
gekommen. Der Tabakbau bringt effektiv nicht mehr die Pro-
duktionskosten. Ich bitte Sie ebenfalls, im Interesse des pfälzi-
schen Tabakbaues unseren Antrag anzunehmen.

Ab. Barth (dir.): Nach den Ergebnissen der Statistik hat
sich die Lage der deutschen Tabakbauer seit 10 Jahren nicht zu
ihren Ungunsten verschoben, weder was die bebaute Fläche noch
was die Preise betrifft. Der Antrag kann also nicht damit mo-
tiviert werden, daß gerade in der letzten Zeit die Verhältnisse be-
sonders mißlich sich gestaltet hätten. Aber wenn dies auch zu-
träte, so würde der Vorschlag des Antrages doch nicht geneigt
sein, Abhilfe zu schaffen, da der alsdann auf die
andere Seite dem Gesamtinteresse erwachsende Schaden
ganz unverhältnismäßig größer sein würde. Es handelt sich hier
um zwei Objekte, welche zwar denselben Namen haben, aber in
ihrer Qualität so verschieden wie möglich sind, den einheimischen
und den ausländischen Tabak. Die hier vorgeschlagene Maßregel
zwingt durch künstliche Preissteigerung den Konju-
menten, dem ausländischen Tabak zu entsagen und
aus reiner Verweisung sich an den bis dahin
von ihm vertriebenen inländischen Tabak heranzumachen.
Der inländische Tabakbau hat es zu einer rationellen Basis über-
haupt noch nicht gebracht. Tritt der höhere Zoll ein, dann würde
man die besseren Sorten bevorzugen beim Anbau und die ge-
ringeren Sorten würden noch schlechter gestellt sein. Der Zweck
des Reichstages wäre also ganz verfehlt. Wir halten ihn nach
allen Richtungen für verwerflich und vertrauen, daß die Regierung
auf demselben Standpunkt steht, nicht zu Gunsten eines so frag-
würdigen Experimentes einen Eingriff in die ganze Industrie zu
unternehmen.

Abg. Würkin (ntl.): Wenn im Ganzen auch
die Anbaufläche in ganz Deutschland keinen ge-
waltigen Rückgang erkennen läßt, so ist doch
gerade in den Gebieten, wo der Tabakbau von Alters her gepflegt
worden ist, in der bayrischen, badiischen und hessischen Pfalz,

ein sehr erheblicher Rückgang thatsächlich eingetreten.
Diese Erscheinung wird sich auch den Gebieten mittheilen,
wo der Tabakbau erst seit neuerer Zeit kultiviert wird, und wenn
nicht durchgreifende Hilfe kommt, wird der Colaps bald
ein allgemeiner sein. Der verminderte Export
und der vermehrte Import sind gleichzeitig und gleich-
mäßig Schuld an den unbefriedigenden Verhältnissen.
Der Ausgleich muß in der Erhöhung des Zolles gesucht werden;
eine Ueberproduktion von Tabak ist davon nicht zu befürchten.
Das schlechte Zeug, das neben sehr gutem auch in Amerika pro-
duziert wird, würden wir los werden; unsere einheimischen Ta-
bake sind ja viel besser und nur die Verstandlosigkeit des
Publikums hat die feinen „Havana“-Zigarren bisher noch
eine solche Vorliebe bewahrt. Die Unzufriedenheit der Tabakbauer
hängt aber nicht allein mit der Art der Veranlagung und Erbe-
bung der Tabaksteuer zusammen. Oft muß der Bauer seine Ernte
geradezu auf den Mist werfen, weil sie die hohe Steuer nicht
tragen kann. Die Hauptsache bleibt, darin stimme ich mit Herrn
Barth überein, die Hebung der Qualität; aber in dieser Be-
ziehung geschieht auch alles, was irgend geleistet werden kann.

Abg. v. Winterfeldt (dl.) tritt im Interesse des ufermär-
kischen Tabakbaues ebenfalls für den Antrag Menzer ein. Der
Tabakbau sei in der Ufermark schon vor 200 Jahren durch die
französischen Refugiés eingeführt worden und habe sich seitdem
in der Bevölkerung erhalten. Würde diese Kultur unlohnend,
dann sei die Existenz der Bevölkerung eines ganzen Landstrichs
gefährdet. Deutschland werde thatsächlich mit dem schauerhaftesten
Schund beglückt, den man in Amerika produziere; diese Ueber-
fluthung mit den mindereinstufigen Sorten habe die heimische
Produktion aufs schwerste geschädigt.

Abg. Wolfenbühler (Soz.) macht gegenüber den Interessenten
die bis jetzt fast allein zu Worte gekommenen seien, geltend, daß es
doch keineswegs die pure Bosheit von den Fabrikanten und
Händlern sei, den deutschen Tabak nicht zu verarbeiten, sondern
dem angeblich zu schlechten ausländischen den Vorzug zu geben.
Der Geschmack des Publikums könne sich nun einmal für die in
Deutschland gedeihenden Tabakforten nicht begeistern. Eigen-
thümlich an dem Antrage ist es, daß man eine Erhöhung des
Zolles auf Tabakzettel verlangt, nicht aber eine Erhöhung des
Zolles auf fertigen Cigarren, was doch viel praktischer wäre,
wenn man die ausländische Konkurrenz fern halten will.

Abg. Dr. Höffel (Klaffier, Rp.) nimmt Gelegenheit, im All-
gemeinen auf die unbefriedigende Lage der deutschen Landwirth-
schaft zurückzukommen. Das platte Land könne den fortbauenden
Abfluß der Bevölkerung in die Städte nicht mehr ertragen.
Berlin habe die Hälfte seiner Bewohner aus dem platten Lande
aufgezogen. Den Klagen der Tabakbauer möchte noch am leicht-
esten durch das Monopol abgeholfen sein.

Damit schließt die Debatte. Der Titel „Zölle“ wird be-
willigt. Die Abstimmung über den Antrag Menzer bleibt nach
Probe und Gegenprobe zweifelhaft. Die Abstimmung ergibt die
Beschlussfähigkeit des Hauses; es sind nur 178 Abgeordnete
anwesend, von denen 93 mit Ja, 85 mit Nein stimmen.
Der Präsident beräumt die nächste Sitzung auf 10 Mi-
nuten später, auf 4^{1/2} Uhr zur Fortsetzung der Tages-
ordnung an.

Venor der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärt hat,
richtet der Abg. von Massow an ihn die Frage, ob er über den
Stand der gezeigebereiten Arbeiten zur Abänderung des Unter-
stützungsgesetzes unterrichtet sei.

Der Präsident erklärt, daß ihm bisher keine Vorlage zuge-
gangen sei.

Staatssekretär von Bötticher theilt mit, daß ein bezüglicher
Entwurf dem Bundesrathe vorliege.

Schluss 4 Uhr 35 Minuten.

Sitzung vom 9. März, 4^{1/2} Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Malzahn.
Die Etatsberatung wird fortgesetzt bei Einnahmestellen, „Zabak-
steuer“ 10 773 000 Mk. Die Petition wird bewilligt, ebenso
ohne Debatte die Titel „Zuckersteuer“ a) Materialsteuer
11 573 000 Mk., b) Verbrauchsabgabe 56 523 000 Mk., „Salz-
steuer“ 4 151 000 Mk., „Branntweinsteuer“ a) Raifisch,
Böttich- und Branntweinmaterialsteuer 17 452 000 Mk. b) Ver-
brauchsabgabe und Zuschlag zu derselben 192 607 000 Mk.,

dann hinzu. „Haben Sie vielleicht einen Brief für sie?
Sie kriegt sonst keine.“

„Nein, es ist schon gut,“ sagt der Herr Postsekretär,
indem er erröthet.

Aber er weiß jetzt wenigstens ihre Adresse. So
schreibt er ihr denn einen Brief voll Entschuldigungen und
voll von wärmerem Mitgefühl, als unbedingt nöthig ist.
Zugleich theilt er ihr mit, daß noch ein Brief unter der
Chiffre eingelaufen sei. Wenn sie erlaube, wollte er ihr
heute Abend den Brief persönlich übergeben, da er das
Bedürfnis fühle, sie für sein unbefugtes Eingreifen um
Verzeihung zu bitten. Sie möge sich für ein paar Minu-
ten seiner Ehrenhaftigkeit anvertrauen.

Noch nie hat Adolf Richter mit solcher Ungebuld den
Schluß der Bureaustunden herbeigesehnt, wie an diesem
Tage. Er athmet auf, als er sich endlich auf den
Weg machen kann. Und doch fühlt er eine sonderbare
Beklemmung.

Ob sie kommen wird? Und wenn sie kommt, was
wird sie sagen? Und was soll er selbst sagen?

Es ist im Anfang des Mai, und so ist, trotzdem die
neunte Stunde schon nahe ist, noch Abenddämmerung in
den Straßen. So kann er sie schon von weitem erkennen,
wie sie von der andern Seite zaubernd und doch elastisch
heranschreitet. Auch heute wieder trägt sie den langen
dunklen Mantel, der doch die Grazie ihrer Gestalt nicht
verbergen kann.

Er grüßt sie mit allem Aufwande von Höflichkeit,
deren er fähig ist, und sie erwidert mit scheuem Blick, wie
ein schüchternes Vögelchen, das jeden Augenblick bereit ist,
davonzufliegen.

Aber er weiß sie bald davon zu überzeugen, daß sie
nichts von ihm zu fürchten hat. Nun, da er ihr gegen-

über steht, fallen ihm die Worte in reicher Fülle zu. Er
besitzt auf einmal eine Redefertigkeit, von der er selbst
bisher keine Ahnung hatte. Nachdem er erklärt hat, wie
er dazu gekommen ist, den Brief zu schreiben, und sie ihm
mehr gedankt als verziehen hat, fängt er an zu plaudern,
von diesem und jenem, von seinen Erlebnissen, von seinem
einsamen Leben und allem, was ihm gerade in den Sinn
kommt.

Und sie, seien es die Worte, die er redet, sei es der
ehrliebe Klang seiner Stimme, wird immer zutraulicher.
Auch sie erzählt ihm nun Näheres über ihr Leben, über
die kleinen Sorgen und Mühen, mit denen sie sich tapfer
herumschlägt. Ja, allmählich bricht bei ihr ein tief ver-
steckt liegender Frohsinn hervor, und dem jungen Mann
ist, als hätte er nie größere Freude gehabt, denn jetzt, da
sie ein herzliches Lachen ertönen läßt.

So wandeln sie beide die breite Straße langsam auf
und nieder, ohne zu bemerken, daß es unterdessen dunkel
geworden ist, eins mit dem andern sich immer inniger
befreundend und immer stärker von einander angezogen,
bis plötzlich die Kleine erschrocken zusammensfährt, als vom
nahen Thurm die Glocke schlägt.

„Mein Gott,“ sagt sie, „schon zehn. Wie die Zeit
vergeht. Aber nun muß ich nach Haus.“

Er begleitet sie bis zu ihrer Thür, und eben will
man Abschied nehmen, als ihm der Brief einfällt, den er
ihr noch nicht übergeben.

„Hier ist auch der Brief,“ sagt er herzklöpfend, „fast
hätte ich ihn vergessen.“

Aber sie weist ihn lächelnd zurück. „Nein, nein, ich
mag ihn nicht. Verbrennen Sie ihn, machen Sie damit,
was Sie wollen.“

Es ist ihm, als fiele ihm ein Stein vom Herzen.

„Und nun adieu,“ sagt sie.

Er hält ihre Hand fest. „Aber nur bis auf morgen,
das müssen Sie mir versprechen.“

„Nun gut,“ erwidert sie, „was soll ich andres thun,
wenn Sie meine Hand nicht loslassen.“

„Und,“ sagt er, „nicht blos auf morgen, sondern
länger, viel länger, wenn Sie denken wie ich: das ganze
Leben lang.“

„Wir wollen sehen,“ lachte sie freundlich, indem sie
sich ihm entzieht und lachend ins Haus schlüpft.

Der junge Mann aber starrt noch eine Weile die
Hausthür, durch die sie hineingegangen, an, als wäre da-
hinter ein kostbarer Schatz, den es sich wohl lohnt, zu
gewinnen. Und als er dann nach Hause geht, fühlt er
ein sonst nicht empfundenes Bedürfnis, sich mit den Sternen,
die am Himmel funkeln, in eine vertrauliche Unterhaltung
einzulassen.

Vermischtes.

Das verwandelte Bild. Ein Porträt im Museum von
Versailles hat sein Geschlecht geändert: jenes des
Marichalls von Frankreich Jean de Montieu, welches der
Maler Weber angefertigt hat und welches im Marichallsaal auf-
gehängt ist. Das Frauengesicht und die Körperfülle des braven
Marichalls haben schon zu wiederholten Malen Erstaunen erweckt.
Wie sich nun jetzt herausgestellt hat, stellt das Porträt nicht den
ehemaligen Souverän von Cambrai, sondern dessen Frau Renée
von Clermont d'Amboise vor.

Das englische Linien Schiff „Bellerophon“, auf welchem
Napoleon I. nach seiner Abdankung am 15. Juli 1815 Auf-
nahme fand, scheint eine recht lange Lebensdauer zu haben. Wie
wir einem Telegramm aus London entnehmen, ist dasselbe jetzt
von der Regierung an eine Schiffswerft in Portsmouth verkauft
worden.

„Brausteuer“ und Uebergangsabgabe für Bier 23 877 000 Mk., desgl. die Aorkfen.

Am Reichssteuerabgaben sind in dem Etat eingestrichelt 37 109 000 Mk. Die Bewilligung erfolgt ohne Debatte; ebenso wird der Etat des Reichsschatzamt's ohne Diskussion unverändert bewilligt, desgl. die bayerischen Quoten und die noch reitenden Ausgabenkapitel im außerordentlichen Etat des Extraordinariums sowie die Einnahmekapitel: Besondere Beitrag von Glask-Verträgen, Zinsen aus belegten Reichsgeldern, Ueberhörsse aus früheren Jahren, Matrifulatbeiträge und außerordentliche Deckungsmittel, letztere beiden Kapitel unter Vorbehalt der definitiven Feststellung der Ziffern.

Der Etat der Reichsschuld erfordert eine Ausgabe von 60 865 800 Mk.

Das Haus bewilligt auch diesen Etat ohne Debatte und genehmigt in gleicher Weise das Etats- und Anleihen-Gesetz.

Die wegen Bewilligung von Ehrenzulagen an die Inhaber des eijernen Kreuzes von 1870/71 eingegangenen Petitionen sollen nach dem Antrage der Budgetkommission den verbündeten Regierungen zur Erwägung, die Petition der Handelskammer zu Plessburg wegen Herabsetzung der Fernsprechgebühren u. s. w. als Material überwiesen werden. Die Abstimmung wird in der dritten Lesung erfolgen, ebenso die Abstimmung über die Resolutionen Menzer und von Bar, betreffend den Tabakzoll und die Auslieferungsbeträge.

Damit ist die zweite Beratung des Etats erledigt. Die nächste Sitzung wird auf Montag, den 14. März, 1 Uhr festgesetzt zur dritten Beratung des Krankenkassengesetzes. Der Präsident rätet an alle Parteien die dringende Bitte, von da an vollzähliger zu erscheinen, da der gegenwärtige Zustand die Führung der Geschäfte des Hauses unmöglich mache und den Reichstag vor der ganzen Welt herabsage.

Schluss 5 1/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 9. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Miquel, Graf Zedlitz und zahlreiche Kommissarien.

Die zweite Beratung des Kultusministeriums wird fortgesetzt und zwar im Kap. 120: Höhere Lehranstalten, Titel 2: Zuschüsse an die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten.

Abg. von Jagdzewski wünscht die Einführung des Polnischen als Unterrichtssprache an den höheren Lehranstalten der Provinz Posen.

Geb. Rath Stauder: Ich bin selbst längere Zeit an den Lehranstalten der Provinz Posen thätig gewesen und kann nach meinen Erfahrungen keinen Grund einsehen, weshalb die Regierung dem Verlangen des Vorredners nachkommen sollte.

Abg. Meher-Berlin weist darauf hin, daß das in Schöneberg bei Berlin neu errichtete West-Gymnasium eigentlich nach Berlin hätte kommen sollen, wenn man dort einen passenden Bauplatz gefunden hätte. Schüler und Lehrer wohnen meist in Berlin, die Lehrer erhalten aber nicht den Berliner Wohnungsgeldzuschuß. Diefem Mifstande sollte der Finanzminister abhelfen, indem die Vororte der Stadt Berlin gleichgestellt werden.

Geb. Finanzrath Germar erklärt, daß das Letztere zu großen Schwierigkeiten führen würde.

Abg. Mooren bemängelt, daß die Unterrichtsverwaltung über sehr große Dispositionsfonds verfügt, aus denen sie nach ungleichem Maße Zuschüsse gewährt; das sollte endlich aufhören.

Abg. Büchhoff tritt den Ausführungen des Abg. Meyer-Berlin bei.

Der Titel wird genehmigt; ebenso die Titel 3 und 4: Zuschüsse für die vom Staate und anderen gemeinlich zu unterhaltenden Anstalten und für die von anderen zu unterhaltenden, vom Staate zu unterstützenden Anstalten, wobei Abg. Sombart die Ausbildung der technischen Mittelschulen emprahl.

In Titel 5 werden mehr verlangt 1 400 000 Mk. zur Durchführung des Normalstat's von 1892 für die Direktoren und Lehrer der höheren Lehranstalten sowie zur Remuneration für Hilfsunterricht.

Der Normalstat von 1892 tritt an die Stelle des Normalstat's von 1872. Zu dem Normalstat, der in einer besonderen Druckfache vorgelegt ist, liegen folgende Anträge vor:

1) von der Budgetkommission: den Normalstat durch Bewilligung des Titel 5 für erledigt zu erklären, jedoch mit dem Ersuchen an die Staatsregierung, auch die über 4 Jahre hinausgehende Thätigkeit als remunerierter Hilfslehrer für anrechenbar zu erklären.

2) Von den Abgg. Korjch-Kropatschek und Genossen: „Von der früheren Dienstzeit des Leiters einer Anstalt als wissenschaftlicher Lehrer einen solchen Theil für anrechenbar zu erklären, daß ihm in seiner Stellung als Leiter ein gleich hohes Gehalt gewährt werden kann, wie es ihm zustehen würde, wenn er in der Stellung eines wissenschaftlichen Lehrers geblieben wäre.“

3) Von den Abgg. Dürre, Graf-Eberfeld und Genossen: Dem bereits definitiv angestellten, sowie den demnächst anzustellenden ordentlichen wissenschaftlichen Lehrern auf ihr Dienstatler den über 3 Jahre hinausgehenden Theil der Dienstzeit als remunerierter Hilfslehrer anzurechnen, soweit nicht diese längere Dauer der Hilfslehrzeit durch Ablehnung angebotener Stellen als ordentlicher Lehrer veranlaßt ist.

4) Abg. Meyer-Berlin will die Gehaltsätze für Berlin auch für dessen Vororte gelten lassen.

5) Abg. Sperlich will den Unterschied der Gehaltsätze zwischen Städten über und unter 50 000 Einwohnern aufheben; das Aufsteigen im Gehalt für die Leiter der Vollsantalten mit je 300 Mark nach 7, 14 und 20 Dienstjahren stattfinden lassen und bei den wissenschaftlichen Lehrern das Dienstalter vom dritten Jahre nach Beendigung des Probejahres berechnen.

6) Die Abgg. Kropatschek und Genossen wollen das Gehalt der Leiter der Vollsantalten in den Städten von mehr als 50000 Einwohnern statt nach 7, 14, 20 Dienstjahren nach 5, 10, 15 Dienstjahren um je 300 Mk. steigen lassen.

7) Die Abgg. Dürre u. Gen. die Staatsregierung aufzufordern:

1. Die mit dem Normalstat herbeigeführte Verbesserung in

den Einkommensverhältnissen der Lehrer an den höheren Lehranstalten als abgeschlossen nicht zu erachten und gelegentlich der allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter weiter zu führen,

2. Maßregeln zu treffen, um den Normalstat für die staatlichen höheren Lehranstalten auch für alle nichtstaatlichen höheren Lehranstalten zur Durchführung zu bringen,

3. die durch die Organisation der Schulen dauernd notwendig gewordenen oder dauernd notwendig werdenden Stellen bald thunlichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen;

8) Die Abgg. Korjch u. Gen., die Staatsregierung zu ersuchen, die von dem Hause der Abgeordneten wiederholt als notwendig anerkannte Gleichstellung der Lehrer an den höheren Lehranstalten in ihrem Dienstlohn mit den Richtern erster Instanz sobald als möglich herbeizuführen.

Mit diesem Titel zusammen beraten wird der erste Titel des Kapitel Provinzialschulkollegien, in welchem für die Provinzialschulräthe mit Rücksicht auf die Gehaltserhöhung der Leiter der höheren Lehranstalten ebenfalls eine Erhöhung des Maximalgehaltes von 5100 Mk. auf 5400 Mk. vorgesehen ist.

Referent Abg. Sattler: Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, daß der Normalstat keine Vorlage, sondern eine Denkschrift sei, welche ebenso gut in den Erläuterungen des Etats hätte stehen können. Deswegen hat die Kommission keine Anträge zu den einzelnen Vorschriften gestellt, sondern nur zu dieser Denkschrift im Allgemeinen. Da die Unterhaltung der höheren Schulen dem Staate, den Städten und den Eltern obliegt, so hielt man es für richtig, zu den Mehrausgaben, welche durch die Gehaltserhöhung erforderlich werden, die Eltern der Schüler heranzuziehen durch Erhöhung des Schulgeldes.

Minister Graf Zedlitz: Den Ausführungen meines Vertreters in der Budgetkommission trete ich vollständig bei. Die Lehrer mit einem vollen Zeugniß sollen die Zulage von 900 Mk. nach der Anciennität erhalten, wobei die verschiedenen Fakultäten berücksichtigt werden müssen; indessen soll die Zulage verweigert werden können, wenn der Lehrer sich nicht praktisch bewährt hat, und die Zulage soll auch bewährten Lehrern gegeben werden, wenn sie auch nicht das volle Zeugniß haben. Ueber die Einführung des Normalstat's in solchen Städten, welche keine Zuschüsse vom Staate erhalten, schweben Verhandlungen; vielleicht wird schon in nächster Zeit dem Landtage eine Vorlage zugehen.

Abg. Dürre (natl.): Der Normalstat enthält manches Gute und Dankenswerthe, er bleibt in vielen Punkten hinter den Erwartungen zurück und deshalb kann er keinen Abichluß bilden. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Mifstimmung, sondern um eine andauernde Erbitterung über die nicht erfüllten Hoffnungen. Man verlangt von den Lehrern größere Anstrengungen und größeren Patriotismus, aber man hat die Stellung der Lehrer nicht genügend verbessert zum Schaden der Schule. Wir sollen vom Landtage aus keine Beunruhigung schaffen; aber wir müssen den berechtigten Ansprüchen der Lehrer genügen, um Zufriedenheit zu schaffen. Bei der schlechten Finanzlage haben wir uns Ersparnisse auferlegen müssen, aber an der Schule sollte man nicht sparen. Der Staat übernimmt 1 400 000 Mk. von der Mehrausgabe, die Eltern müssen 1 500 000 Mk. übernehmen; das ist eine schwere Last. Was den Provinzialschulräthen mehr gegeben wird, eine Aufbesserung von 150 Mk. entspricht nicht ihrer Stellung und Verantwortung. Die Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern ist eine durchaus berechtigte Forderung, zu der die Regierung jetzt schon Stellung nehmen sollte. Warum sollen die Direktoren der Nicht-Vollanstalten weniger Gehalt haben, als die der Vollsantalten? Die wissenschaftlichen Fähigkeiten müssen bei beiden die gleichen sein; die Gehaltsverhältnisse müssen dahin führen, daß diese Anstalten z. B. die höheren Bürger Schulen nur als Durchgang zu besser bezahlten Stellen benutzt werden. Auch die Funktionszulage soll bei den beiden Arten von Anstalten verschieden vertheilt werden. Die Kräfte der Hilfslehrer werden voll ausgenutzt, aber sie werden jämmerlich bezahlt, sodaß sie alle Lust und Liebe zum Amte verlieren. Wie viele mögen, nachdem sie als Hauslehrer eine Zeit ihres Lebens verblümmert haben, als Redakteure sozialdemokratischer Winkelblätter endigen! Die Einführung der Dienstalterszulagen ist ein Vorzug des Normalstat's, der über manche Fehler hinweghilft. Man hat mit dem früheren System der Befoldungsgemeinschaften so schlechte Erfahrungen gemacht, daß es gar nicht zu begründen ist, wie man das alte System bei den kommunalen Anstalten konferviren kann.

Am 3 1/2 Uhr wird die weitere Debatte auf Donnerstag 11 Uhr verlagt.

Sitzung vom 10. März, 11 Uhr.

Am Ministerische: Miquel, Graf Zedlitz und Kommissarien.

Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt und zwar beim Normalstat und den dazu gestellten Anträgen.

Abg. Sperlich (C.): Es wird wohl niemand im Hause sein, der die Vorschläge der Regierung ablehnen wird; die Lehrer können zufrieden sein, denn sie sind die einzigen Beamten, welche diesmal mit einer Gehaltserhöhung bedacht worden sind, trotzdem die Nothwendigkeit einer solchen auch noch bei anderen Beamten nachgewiesen ist. Eine solche Herausnahme einzelner Beamtenklassen muß Unzufriedenheit hervorufen, deshalb wäre es nothwendig, alle Beamten in bestimmte Gehaltsklassen einzureihen, damit jeder von vornherein weiß, welche Gehaltsätze er zu erwarten hat. Die Erhöhung des Schulgeldes hat viel Aufregung hervorgerufen. Ich kann mich mit der Begründung ziemlich einverstanden erklären, namentlich damit, daß die Eltern einen Theil der vermehrten Kosten des höheren Unterrichts tragen sollen. Aber man sollte das Schulgeld nicht so erhöhen, daß es den unteren Klassen ganz unmöglich wird, ihre Kinder in die höheren Schulen zu schicken. Eine Gleichstellung aller akademisch vorgebildeten Beamten wäre sehr wünschenswerth, denn dann würde wirklich eine freie Berufswahl eintreten. Redner empfiehlt darauf seinen Antrag, wonach die Scheidung zwischen Städten unter und über 50 000 Einwohnern aufgegeben und die Zeit der Hilfslehrerschaft auf das Dienstalter angerechnet werden soll, sobald sie 3 Jahre übersteigt.

Abg. Niefert: Ich habe mir erlaubt, einen Antrag einzulegen, den Titel 5 zu fassen: Zur Durchführung der vorgelegenden Normalstat's u. s. w.

Geheimer Finanzrath Germar: Die Annahme des Antrags Sperlich würde unbedingt eine Ueberdehnung der angezeigten Etatssummen zur Folge haben. Die Feststellungen des Normalstat's beruhen auf den Erwägungen der Unterrichtsverwaltung, welche dabei das Interesse des Unterrichts in Rechnung gezogen hat. Wenn man die Zeit der Hilfslehrerschaft anrechnen will,

dann muß man die Verhältnisse für die anderen Lehrer ungünstiger gestalten, wenn man mit der angelegten Summe auskommen will.

Abg. Kropatschek (C.): Ich wünsche auch, daß die Lehrer beruhigt würden; es ist nicht schön, daß die Lehrer vielfach sagen, was der Normalstat enthalte, bedeute gar nichts, daß sie auf dem besten Wege wären, früher in Aussicht gestellt sei. Aber dadurch wird die Lehrerschaft nicht beunruhigt, daß wir die Anträge gestellt haben. Die Lehrer werden, auch wenn wir nicht die Anträge gestellt hätten, wissen, daß das Abgeordnetenhaus die Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern erster Instanz befürwortet hat, daß auch frühere Kultusminister sich damit einverstanden erklärt haben. Die Unterscheidung zwischen Städten unter und über 50 000 Einwohnern ist durchaus gerechtfertigt. Denn die Schulen der größeren Städte haben nicht bloß 9 Klassen, sondern bis zu 18 Klassen. Da ist die Arbeit eine so viel größer, daß auch ein höheres Gehalt gezahlt werden muß. Redner empfiehlt seinen Antrag, wonach den Direktoren mindestens das gleiche Gehalt werden soll, welches sie als wissenschaftliche Lehrer beziehen würden. Es seien ihm Fälle bekannt, wo die Direktoren schlechter gestellt seien, als ihre Oberlehrer. Wenn hier nicht eine Aenderung durchgeführt werde, würden sich selbst ältere Oberlehrer für die Direktorenstellen finden. Die Regierung scheint ja dem Antrag nicht abgeneigt zu sein. Redner befürwortet endlich seinen Antrag, die Gehaltszulagen den Direktoren nicht von 7 zu 7 Jahren, sondern von 5 zu 5 Jahren zu gewähren. Für die Oberlehrerzulage möchte ich eintreten. Es muß der Unterrichtsverwaltung die Möglichkeit gegeben werden, daß besonders befähigte Lehrer auch höher besoldet werden, ebenso wie andere Beamte, mit Ausnahme der Richter, auch nur auf Grund ihrer Leistungen in bessere Stellungen einrücken. Vom Strebertum sollte man dabei nicht sprechen, das muß die Lehrkräfte verlegen. Wenn ein Lehrer in den Zeitungen schreibt, daß durch solche Zulage die Berufsfreiheit der Lehrer verringert werde, so fehlt dem betreffenden Lehrer schon die Berufsfreiheit; er sollte sich solcher Zuschriften an die Zeitungen schämen. (Zustimmung rechts.) Was für die Zeichenlehrer geschehen soll, ist zum Theil nur Schäum; es wird wenige Zeichenlehrer geben, die in der Woche 14 Zeichenstunden geben; das wird nur an ganz großen Anstalten möglich sein. Bezüglich der Hilfslehrer soll der Minister einer Deputation erwidert haben, sie seien die Opfer einer falschen Schulpolitik. Das halte ich nicht für richtig, sie sind eher die Opfer eines falschen Finanzpolitik, einer übergroßen Sparjamkeit, und durch die neuen Lehrpläne waren sie auch nicht besser gestellt. Man wolle auf der Dezemberkonferenz eine Herabminderung der Stundenzahl herbeiführen. Ich habe nicht dafür gestimmt, aber als die Mehrheit dafür war, habe ich als nothwendiges Korrelat dazu bezeichnet die Verkleinerung der Anstalten, eine Herabsetzung des Klassenfrequenz und eine Herabsetzung der Zahl der Unterrichtsstunden. Das wurde von der Konferenz angenommen, aber es ist nicht in die neuen Pläne übergegangen, lediglich aus Sparjamkeit's Rücksichten. Dadurch sind die Hilfslehrer zum Theil überflüssig geworden. Die Kommunen werden für ihre Anstalten nicht so leicht veranlaßt werden können, die Alterszulagen einzuführen. In der einen Stadt sind vielleicht lauter alte Herren, in der andern lauter junge Lehrer. Dadurch tritt eine ungleiche Belastung ein, die nur ausgeglichen werden könnte, wenn vielleicht die Städte eine gemeinsame Befoldungsklasse einführen, um die Belastung auszugleichen. Aber es wird nicht leicht sein, die Städte in dieser Beziehung zu vereinigen. Die Erhöhung des Schulgeldes wird hauptsächlich die mittleren Bevölkerungsklassen belasten. Die Lehrer legen auch noch großen Werth darauf, daß die Rangverhältnisse geordnet werden. Ich weiß nicht, ob das jetzt geschehen wird; viele Lehrer legen darauf einen größeren Werth als auf die pekuniäre Aufbesserung. Ich habe das nicht verstehen können, aber ich bitte, diesen Wunsch doch zu berücksichtigen. Preußen wird, wenn der Normalstat durchgeführt ist, besser für seine höheren Lehrer gesorgt haben als die meisten andern deutschen Staaten.

Abg. Bachem (C.): Die Regierung hat sich selbst noch nicht definitiv gebunden auf den Normalstat, wie er vorgelegt ist. Der Normalstat ist uns nur als Denkschrift vorgelegt worden. Wir sollen nur das Geld bewilligen; eine Durchberatung der einzelnen Paragraphen hat in der Budgetkommission nicht stattgefunden. (Widerspruch rechts.) Wenigstens hat der Referent hier die einzelnen Paragraphen nicht erläutert. Der Entwurf ist ein Monolog des Ministeriums, ebenso wie unsere Reden Monologe sind und bleiben werden, so lange nicht der Minister den Entwurf nach unsern Vorschlägen ändert. Wir sind in einer Zwangslage (Widerspruch links); denn, wenn wir den Normalstat ändern, dann wird für dieses Jahr die Erhöhung der Lehrergehälter wieder zu Wasser. (Widerspruch links.) Die Erklärung des Ministers läßt darüber keinen Zweifel. Ein solches Vorgehen, wie die Regierung es beliebt hat, ist budgetrechtlich nicht zulässig. Die Regierung hätte uns eine Gesetvorlage machen sollen (Widerspruch rechts), wie dies bezüglich der Gehälter der Volksschullehrer geschehen ist. Der Minister hat ein Gesetz bezüglich der nichtstaatlichen Anstalten in Aussicht gestellt; wenn er die Gemeinden zwingen will, dann muß der Staat erst mit gutem Beispiel vorangehen und muß sich selbst erst binden. Jetzt ist die Regierung in der Lage, im nächsten Jahre den Normalstat wieder zu ändern, sie braucht uns nur eine neue Denkschrift vorzulegen. Ich will der Anwendung des Normalstat's jetzt nicht widersprechen, aber nur für dieses Jahr. Nachher muß die Sache gesetzlich geregelt werden. Alle Parteien haben den Normalstat in den verschiedenen Punkten bemängelt, deshalb sollten auch alle Parteien das Bedürfnis haben, den Normalstat im Einzelnen zu beraten. 1872 hat man den Normalstat im Hause abgeändert. Warum nimmt das Ministerium jetzt eine andere Stellung zu der Frage an? Eine Erklärung ist dafür bisher nicht gegeben.

Referent Abg. Sattler erklärt, daß die Budgetkommission den Normalstat paragraphenweise beraten habe; die gewünschte Aenderung ist in Folge einer Resolution zum Ausdruck gekommen.

Abg. Franke (Vorsitzender der Budgetkommission): In der Budgetkommission ist die Frage, ob der Normalstat abgeändert werden kann oder nicht, gänzlich zur Entscheidung gekommen. Der Punkt, welcher geändert werden sollte, ist durch eine Resolution geändert worden, weil die Regierung dieser Aenderung zustimmte. Wir werden aber die Frage, ob der Normalstat abgeändert werden kann oder nicht, entscheiden müssen und zwar wird das zweckmäßigerweise in der Budgetkommission zu geschehen haben.

Minister Miquel: Ich glaube nicht, daß diese Frage jetzt entschieden werden muß oder kann. Die Entscheidung kann nur beim Erlaß eines Komptabilitätsgesetzes erfolgen. Die Regierung hat keinen Gesetzentwurf vorgelegt, deshalb kann der Normalstat

auch nicht als Vorlage behandelt werden. Die Frage liegt außerdem jetzt so, daß es sich hier gar nicht um eine Gehaltsfestsetzung handelt, sondern lediglich um Bedürfniszuschüsse an die einzelnen Anstalten, deren Einnahmen und Ausgaben nicht als Staatseinnahmen anzusehen sind. Bei solchen Zuschüssen ist die Praxis des Hauses immer dieselbe geblieben, sie kann heute nicht durchbrochen werden. Von allen Seiten ist das Vertrauen ausgesprochen worden, daß die Regierung den Normaletat durchführen wird; deshalb ist auch eine Abweichung von dem bisherigen Verfahren nicht nötig. Wenn der Normaletat ein Gesetzentwurf ist, dann mußte er in jedem einzelnen Punkte beraten werden.

Abg. Wädiker empfiehlt die Zurückverweisung des Normal-etats an die Budgetkommission.

Abg. Richter schließt sich diesem Antrage an; die Frage müsse jetzt entschieden werden und nicht erst bei einem Kompabilitätsgeiz, denn sonst könnte aus dem heutigen Verfahren ein Präjudiz hergeleitet werden, während 1872 der Normaletat beraten und abgeändert worden ist.

Abg. Graf Limburg-Sturum: Die Regierung hat dem Antrag des Abg. Korsch betr. die Gehälter der Direktoren zugestimmt; obgleich dieser Antrag eine Mehrausgabe enthält, braucht er deshalb nicht der Budgetkommission überwiesen zu werden. Die anderen Anträge führen aber Mehrausgaben herbei, deshalb bitte ich sie sämtlich durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Korsch hält diesen Ausweg nicht für richtig. Vielleicht könnten einige Anträge in die Form einer Resolution gekleidet werden.

Abg. von Guene: Wir kommen über die Frage wohl nicht anders hinweg als dadurch, daß wir die Sache an die Budgetkommission zurückverweisen.

Gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen wird darauf der Normaletat mit allen eingegangenen Anträgen an die Budgetkommission verwiesen.

Zur Einführung der Versorgung der Hinterbliebenen der Lehrer und Beamten der höheren Lehranstalten sind 321 487 M. eingesetzt und zwar 297 487 M. mehr als im laufenden Etat.

Abg. Graf-Eberfeld dankt dafür, daß diese Mehrausgabe eingestellt ist und dadurch die Lehrer von der Beitragspflicht zur allgemeinen Wittwen- und Waisenanstalt befreit werden.

Der Titel wird bewilligt. Darauf wird um 4 Uhr die weitere Berathung auf Sonntag abend 11 Uhr vertagt.

Aus der Reichshauptstadt.

Berlin, den 11. März 1892

* Ein musikalisches Genie, dem vielleicht noch eine große Zukunft beschieden ist, wurde am Dienstag in der Studentenkneipe „Alte Hopfenblüthe“ in der Jägerstraße „entdeckt“, wo gegenwärtig eine Wiener Damenkapelle konzertirt. Einer der dort anwesenden Musensohne verpflichtete sich seinen Kommilitonen gegenüber, nicht nur jede einzelne Stimme mit, sondern sogar 2 Instrumente und zwar 1. Violine und Klavier zu gleicher Zeit zu spielen. Es wurde eine Wette entriert und Bruder Studio zeigte gleich darauf, daß er auf alle Instrumente, von der Geige und Flöte bis zum Bass und zur großen Trommel gut „eingefucht“ war. Dann kam der zweite Theil des Probestückes zur Ausführung. Vor das Klavier wurde ein Tisch und darauf ein Stuhl gestellt. Der sündige Musensohn setzte sich auf letzteren, entledigte sich seiner Stiefel und — Strümpfe, legte die Geige an die Wange, die Beine auf die Tasten und spielte dann die bekannte Gavotte Louis XIII. gleichzeitig auf Klavier und Geige. Allgemeiner Beifall lohnte das Bravourstück des Musensohnes; dieser aber erklärte, falls er im Examen durchfalle, wolle er ganz seiner Kunst leben.

□ Heut vor dreißig Jahren spielten sich im Preussischen Abgeordnetenhaus und weiter in allen politischen Kreisen Berlins sehr lebhaft und erregte Szenen ab. Das Abgeordnetenhaus hatte durch Annahme des Antrages Hagen eine vollständige Darlegung und Spezialisirung des Staatshaushalts pro 1863 und namentlich eine spezielle Festlegung des Militäretats verlangt, während das Staatsministerium nur in großen Zügen den Etat vorlegte und eine Spezialisirung erst für später in Aussicht stellte. Die Annahme des Hagen'schen Antrages veranlaßte das gesammte Staatsministerium, dem König Wilhelm I. die Bitte um seine Entlassung vorzulegen. Der König lehnte das Gesuch ab und erwartete weitere Maßregeln, worauf das Ministerium dem König die Auflösung des Ministeriums empfahl. Ueber die denkwürdige Sitzung am 11. März 1862 berichtete damals ein hiesiges Blatt in einem Extrablatt, wie folgt: „Die Tribünen sind lange vor Eröffnung der Sitzung dicht besetzt. Die Abgeordneten, die sich ebenfalls sehr frühzeitig eingefunden, unterhalten sich sehr lebhaft. Im Sitzungssaal ist insofern eine Aenderung eingetreten, als die Redner-Tribüne heute zum ersten Male neben dem Ministertische (unter der Uhr) aufgestellt ist. Um 10 Uhr 10 Minuten tritt das gesammte Staatsministerium in den Sitzungssaal, die Minister von Auerwald, von der Heydt, von Patow, Graf Schwerin, Graf Büdler, von Noon, von Bernuth, Graf Bernstorff (von Bettmann-Hollweg fehlt), und gleich darauf eröffnete der Präsident Grabow die Sitzung und ertheilte dem Herrn Minister von der Heydt vor dem Eintritt in die Tagesordnung das Wort.“ Der Minister gab im Namen des Staatsministeriums die oben angeordnete Erklärung ab und verlas darauf die königliche Verordnung, wonach das Haus der Abgeordneten aufgelöst und das Herrenhaus vertagt wurde. Die Mitglieder der Majorität, die für den Hagen'schen Antrag gestimmt hatten, erließen sofort eine Rechtfertigungs-Erklärung, von deren Unterzeichnern heute nur noch Fördenbeck und Birchow am Leben sind.

□ Einen ganzen Roman umfaßt die Mittheilung des Polizeiberichts, daß am Mittwoch in der Nähe des Brandenburger Thores sich Mittags eine Frauensperion mittels Strychnin vergiftet habe und bald darauf gestorben sei. Spaziergänger sahen am letzten Dienstag ein junges Paar im Thiergarten um die genannte Zeit lustwandeln, das ein sehr erregtes Gespräch führte. Der einer achtbaren Familie angehörende junge Mann war sichtlich bemüht, das verzweifelte junge Mädchen zu beruhigen, und beide ließen sich schließlich auf einer Bank nieder. Pöplich holte die junge Dame ein mit einer Strychninlösung gefülltes Fläschchen aus der Tasche hervor und trank den Inhalt aus,

bevor es ihr Begleiter verhindern konnte. Als sie bald darauf zusammenbrach, holte der junge Mann eiligst eine Droschke herbei und ließ den Kutcher zu dem nächsten Arzte fahren. Diesen fand man in dem Dr. Kuntler, Königgräberstraße 124, doch erwies sich dessen Hilfe als vergebens, denn das Mädchen gab bereits nach fünf Minuten seinen Geist auf. Man benachrichtigte nun das 34. Polizeirevier, und die Leiche wurde Abends zwischen sechs und sieben Uhr dem Schauhause zugeführt. Die Verstorbene ist die 22 Jahre alte Margarethe Schulze, eine Tochter der Oberamtmannswittve Schulze, welche vor zwei Jahren aus der Nähe von Königsberg i. Pr. hierher übersiedelte und seitdem im zweiten Stockwerk des Hauses Kanonierstraße 44 wohnt. Das Mädchen hatte sich vor einiger Zeit mit dem jungen Manne, welcher am Tage des Selbstmordes ihr Begleiter im Thiergarten gewesen war, im Stillen verlobt; dieser aber schien aus bisher unbekannt gebliebenen Gründen das Verhältniß lösen zu wollen. Der Zweck der Zusammenkunft im Thiergarten bildete eine Aussprache zwischen beiden, und Margarethe Schulze war mit der Absicht dahin gekommen, in den Armen des Geliebten zu sterben, falls eine Einigung mit ihm nicht zu erzielen sei. Woher das junge Mädchen das Gift genommen hat, ist bisher unerfindlich geblieben.

○ Ein empörender Vorfall hat sich in der Nacht zum Mittwoch unter den Augen eines zahlreichen Publikums, welches den 1 Uhr-Zug der Wannesebahn zur Nachhausefahrt benutzen wollte und dem Bahnhof zuschritt, beim Potsdamer Bahnhof abspielte. Dort hat ein Herr von mittelgroßer Figur mit starkem Backenbart, der sich als Beamter der Sittenpolizei bezeichnete, die Gattin des Kaufmanns d'Heureufe, Sohn des bekannten Berliner Chokoladenfabrikanten, für eine öffentliche Dirne gehalten und verhasen wollen. Herr d'Heureufe befand sich in der Bedürfnisanstalt, seine Gattin, auf ihn wartend, schritt vor derselben ahnungslos auf und ab, als der angegebliche Sittenbeamte mit den Worten an sie herantrat: „Manu ist's aber genug. Nun komm' man schleunigst mit! Ich bin Sittenbeamter.“ Frau d'Heureufe war ihres Wortes nicht mächtig, bis der Beamte sie an dem Arm faßte und zum Mitgehen drängte. Da rief sie dem Beamten zu: „Was wollen Sie von einer anständigen, seit zwölf Jahren verheiratheten Frau? Ich warte hier auf meinen Mann!“ Und dann schrie sie in ihrer Angst nach dem Gatten. Pöplich, noch ehe dieser sichtbar wurde, verschwand der Beamte spurlos. Herr d'Heureufe, der in der Villa Arons zu Wannsee wohnt, war außer sich vor Wuth, als er die Einzelheiten des Vorfalls erfuhr, während seine Gattin unaufhörlich weinte.

Aus dem Reiche.

1. Danzig, 9. März. Bekanntlich tritt das frische Haff an dem Ausflusse derogat immer weiter zurück, infolge dessen sich fortwährend neues Land bildet, das jetzt nur mit Weiden und Rohr bestanden ist. Schon wiederholt hat man sich mit dem Gedanken beschäftigt, diese sogenannten Kampen für den Ackerbau geeignet zu machen. Der Fiskus, dem diese Ländereien unterstellt sind, hat indessen alle dahin zielenden Eingaben abschlägig beschieden. Wie aus guter Quelle verlautet, wird jetzt der Domänenfiskus selbst die Klärung dieser Kampen in die Hand nehmen und dieselben in Ackerboden umwandeln lassen.

Labian, 9. März. Westlich vom Kurischen Haff ist Schnee in Höhe von mehreren Fuß gefallen. Die Dörfer Remonien, Agilla, Heidendorf, Gilge und Inje liegen im Schnee vollständig vergraben.

Kastenburg, 9. März. Ein großes Feuer brach kürzlich in dem Gute Ober-Neuborn aus. Außer den neuerbauten Stallungen und dem Futtervorrath sind 117 Milchkuhe, 40 Schweine und 2 Pferde verbrannt.

Berga a. Rügen, 7. März. Der hiesige Stadtkassen-Rendant Stahnke, der bisher bei allen Bewohnern im besten Ansehen stand, wurde plötzlich wegen Unterschlagung in Untersuchungshaft genommen. Nicht allein, daß er sogenannten kleinen Leuten ganz bedeutende Beträge unter allerhand falschen Vorpiegelungen abgenommen, er hat auch verschiedene Nachschaffner, deren Verwalter er war, sowie die Stadtkasse um 26 000 Mark geschädigt. Die unterschlagenen Summen sollen sich bis jetzt auf 119 000 Mark belaufen. Am Freitag ist Stahnke im Gefängnis, angeblich am Magenkrampf, verstorben.

11. März, 9. März. Mit den Worten: „Wie geht es? Leef je noch? Sei je noch nit doot?“ wurde dieser Tage auf dem Wege von hier nach Rayen ein junger Mann von einem ihm entgegenkommenden Unbekannten angeredet. Auf die Antwort: „So schnell stirbt man nun doch nicht gern“, sagte der Wegelagerer ganz lakonisch: „Dann möit je jech dran!“ und warf den jungen Mann, beim Halse würgend, sofort zu Boden. In seiner Todesangst wehrte sich der Ueberfallene mit Händen und Füßen, doch konnte er es nicht hindern, daß ihm der Straßenräuber seine sämtlichen Habgüter (Weld etc.) abnahm und ihm mit einem Messer Stich- und Schnittwunden am Hals und Arme beibrachte. Sicher hätte der Unmensch ihm vollends den Garaus gemacht, wenn sich nicht gerade das Herannahen eines Fuhrwerks bemerkbar gemacht hätte, in Folge dessen der Wegelagerer von seinem Opfer abließ und quersfelds das Weite suchte.

Münster (Westf.), 10. März. Der Arbeiter Huddelbrink, welcher an den Eheleuten Rosenbaum in Dielingen einen Raubmord begangen hatte, wurde in Rothenselde verhaftet.

rr. Dortmund, 9. März. Das Probestück des Dortmund-Ems-Häfen-Kanals bei Dlfen ist seit einigen Tagen fertiggestellt und giebt ein übersichtliches Bild der Anlage. Der Zubräng Arbeitsuchender ist so groß, daß einstweilen nur der kleinere Theil derselben Beschäftigung findet, und dazu läßt die andauernd ungnügliche Frostwitterung ein weiteres Hinausschieben der Arbeiten befürchten. Doch hofft die Bauleitung, wenigstens zu Anfang April an 1000 Arbeiter mehr an der Dlfener Strecke einstellen zu können. Letztere bietet der Schwierigkeiten nicht wenige. Zur möglichsten Abwehr von Wassergefahr soll die Lippe dort, wo sie vom Kanal geschnitten wird, auf beträchtliche Entfernung hin auf die zwei- bis dreifache Breite erweitert werden. Der die Lippe überschreitende Damm ist 11 Meter hoch und oben 38 Meter breit; die Fahrbreite wird 28 Meter betragen.

Weinungen, 9. März. Aus Rom wird der „Frk. Bzg.“ berichtet: Einer der beiden jüngeren Söhne des Herzogs Georg von Weinungen, Prinz Ernst, der seit Beginn des Herbstes hier lebt, um an seiner künstlerischen Ausbildung als Maler zu arbeiten, hat sich mit der jüngsten Tochter des hier weilenden

Schriftstellers Wilhelm Jensen verlobt. Die erbetene väterliche Einwilligung hierzu soll schnell und ohne Högern erfolgt sein. Der junge Prinz erfreut sich wegen seines bürgerlich bescheidenen Wesens der vollen Sympathien der deutschen Gesellschaft.

Mannheim, 9. März. Auf der Station Godelau der Riedbahn stieß ein von Mannheim kommender Güterzug auf einen rangirenden Güterzug, sechs Personen sind verletzt, theils schwer. Der Schaden an Material ist bedeutend.

Kulm, 7. März. Das zu frühe Schließen der Dfen-Klappe hat wieder drei Opfer gefordert. Der Bahnenmeister A. Neumann aus Goldfeld bei Bromberg, der vor wenigen Monaten in Gr. Neuguth eine Besingung gekauft hatte, sowie dessen Frau wurden gestern Morgen in den Betten todt vorgefunden; beide waren der Kohlengasvergiftung erlegen. Die kleine Tochter der verunglückten Eheleute starb einen Tag später.

Schweidnitz, 9. März. Das Schweidnitzer Schöpfs-Bier ist im gegenwärtigen Jahre Gegenstand eines letzten Jubiläums. Nach zuverlässigen geschichtlichen Angaben, ist 1392 zum erstenmal Schweidnitzer Bier im Stadt- (Rathhaus) Keller zu Breslau eingelegt und geschänkt worden.

Bunzlau, 8. März. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte 80 000 Mark zur Errichtung einer keramischen Schule. Unsere Stadt besitzt bekanntlich eine ausgedehnte keramische Industrie, welcher eine Fachschule sehr zu statten kommen wird.

Schildberg, 8. März. Auf der Jagd nach einem Eichhörnchen schlug der Sohn des Bauern Stafacki aus dem Kirchdorfe Gh., anstatt einen Schuß abzugeben, mit dem Kolben einer Flinte nach dem Thiere. In demselben Augenblick entlud sich diese und die Schrotladung drang dem Unglücklichen derartig in den Leib, daß nach wenigen Stunden der Tod eintrat.

Dielingen, 9. März. Ein Doppelmord ist hier an den Eheleuten Feuerling-Rosenbaum verübt worden. Ein Verwandter, der dieselben besuchen wollte, fand sie mit zerschmettertem Schädel auf dem Fußboden des Schlafzimmers vor dem Bette. Daneben lag das zum Mord benutzte blutige Beil. Die Leiche der Frau war schon arg von Ratten angefressen.

Angsburg, 8. März. In der Wallfahrtskirche Herrgottsruh wurde ein Einbruchsdiebstahl verübt. Der Werth der geraubten Gegenstände beläuft sich auf 600 M. Vom Leib des Märtyrers Justinus, der in der Kirche liegt und sich der besondern Verehrung der Pilger erfreut, stahlen die Diebe die herrliche Einfassung, die vor sieben Jahren aus Steinen und Edelmetall hergestellt wurde und einen Werth von 2000 M. repräsentirt.

München, 8. März. Die Verlobung der Herzogin Maria Amalie mit dem Herzog von Urach fand zu Regensburg statt, wo die Prinzessin zum Besuch bei ihrem Kousin, dem Fürsten von Thurn und Taxis, weilte, während Herzog Wilhelm von Urach sich bei der in Regensburg residirenden Herzogin Hermine von Württemberg, Wittme des Herzogs Maximilian, geb. Prinzessin von Schaumburg-Lippe, befand. Prinzessin Amalie ist das einzige Kind aus der ersten Ehe des Herzogs Karl Theodor mit der Prinzessin Sophie von Sachen, welche letztere nach zweijähriger Ehe am 9. März 1867 ihrem Gatten durch den Tod entrißen wurde. Die Braut ist am 24. Dezember v. J. 26 Jahre alt geworden und erbt bekanntlich einen erheblichen Theil aus dem großen Nachlasse des Prinzen Karl von Bayern. Der Bräutigam Wilhelm Karl Florestan Gero Crescentius Herzog von Urach, Graf von Württemberg, ist geboren zu Monaco am 3. März 1864 als Sohn des am 17. Juli 1869 gestorbenen Herzogs Wilhelm und ist Rittmeister im 1. königlich württembergischen Ulanen-Regiment König Karl Nr. 19 und Ehrenritter des Malteser-Ordens. Er hat noch einen Bruder (Karl) und zwei Stiefschwester. Seine Mutter ist Herzogin Florestine, geborene Prinzessin von Monaco. Der Herzog von Urach stammt aus einer katholischen Seitenlinie des württembergischen Königs-hauses. Sein Vater, Wilhelm Graf von Württemberg, trat im Jahre 1862 zum Katholizismus über und wurde zum Herzog von Urach ernannt. Des Bräutigams Großvater Herzog Wilhelm von Württemberg (geb. 1761, gestorb. 1830) war vermählt mit der Freiin Wilhelmine von Ludekefeldt, welche zur Burggräfin Hohenstein und später zur Prinzessin ernannt wurde. Die Mitglieder des Herzogshauses von Urach führen das Prädikat „Durchlaucht“. Die Vermählung selbst ist für den Monat Juni beabichtigt.

München, 9. März. Der Erzherzog Albrecht von Oesterreich ist heute früh nach Stuttgart weiter gereist, wird daselbst etwa drei Tage verweilen und dann nach Wien zurückkehren.

München, 9. März. Der verstorbene Präsident der Pfalz, von Braun, hat, bayerischen Vätern zufolge, den größten Theil seines Vermögens zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken vermacht. Derselbe bedachte u. a. das Pfälzische Gewerbemuseum in Ratiblauren mit 100 000 Mark und weiteren 10 000 Mark durch Nachlass eines früheren unverzinstlich abgegebenen Darlehens, ferner das Spital in Speyer mit 20 000 Mark, das Pfälzische Dienstbotenstift, den landwirtschaftlichen Kreisverein der Pfalz und die Pensionskasse der Kreisbeamten mit 16 000 Mark.

Vom Ausland.

Seilbarkeit der Kehlkopf-tuberkulose. Als Separat-Abdruck aus der „Wiener Medizinischen Wochenschrift“ erschien soeben eine Abhandlung von dem bekannten Wiener Laryngologen Professor Dr. Karl Stoerk „Ein Beitrag zur operativen Behandlung der Laryngotuberkulose.“ Professor Stoerk schildert darin einen ganz ungewöhnlichen von ihm durch operativen Eingriff geheilten Fall, zu welchem er sich ein neues Instrument anfertigen ließ. Professor Stoerk führt aus, daß eine Hebung des Allgemeinbefindens unbedingt bei der Lokalktherapie des Kehlkopfs erforderlich sei und giebt auch sein Urtheil über die Anwendung des Schabefens, der Milchsäurebehandlung u. s. w. ab.

Baron Hirsch und der Wiener Jockey-Club. Der Wiener Jockey-Club hat vor Kurzem das Aufnahmegeruch des bekannten indischen Millionärs Baron Moriz Hirsch abgelehnt. Baron Hirsch gedenkt in Folge dessen seinen dauernden Aufenthalt in Paris zu nehmen und hat Auftrag gegeben, seine sämtlichen Besitzungen in Oesterreich, mit Ausnahme des Schlosses Eichhorn bei Wünn, zu veräußern.

Das Geheimniß der Kassetten. Ueber die in Dfen-Pest gemachte Entdeckung einer von Dieben vergrabenen große-

ren Summe Papiergeldes bringen österreichische Blätter jetzt folgende Mitteilungen: Am 9. November des Jahres 1890 erschloß sich der Hauptkassirer des Südbahnhofes in Budapest Franz Karnell aus Verzweiflung über einen unglücklichen Vorfall, der ihm im Dienste zugestossen war. Karnell hatte sich nämlich auf ganz kurze Zeit aus seinem Amtszimmer auf den Gang begeben, und als er zurückkehrte, entdeckte er, daß mittlerweile die Summe von 14000 fl. von seinem Schreibtische verschwunden war. Der Kassirer war über den Verlust des Geldes so entsetzt, daß er sich zum Selbstmord entschloß. Es war ihm ja nicht möglich gewesen, seine Unschuld zu beweisen. Die Familie Karnell's befand sich seitdem im größten Elend. Da es nicht erwiesen werden konnte, daß ein Fremder den Diebstahl verübt habe, so erhielt die Familie auch keine Pension. Heute erst ist es gelungen, den wahren Täter zu entdecken. Die Diebe waren der ehemalige Postamtsdiener Hlavanyai und dessen Frau. Das schändliche Paar hatte das Geld in einer Blechkassette auf einem freien Plage in Ofen, hinter dem Hause Stadtmairhofgasse Nr. 18 vergraben. Die Entdeckung erfolgte auf ganz eigentümliche Art. Das Ehepaar Hlavanyai war nämlich kürzlich wegen eines Diebstahls verhaftet worden, der in ähnlicher Weise ausgeführt worden war, wie der Gelddiebstahl auf dem Südbahnhofe. Hlavanyai und seine Frau wurden vom Gericht verurtheilt und letzter Tage von Budapest aus nach der Gefängnisanstalt abtransportirt. Auf dem Bahnhofe nun gelang es den Hlavanyai seinem ehemaligen Quartiersgeber, dem Milchmeier Pawlaczek zuzuflüstern, daß auf dem bezeichneten Plage in Ofen die erwähnte Kassetten mit dem Gelde, eine Diebesbeute, vergraben sei. Daraufhin sandte nun Pawlaczek in den letzten Tagen häufig einen Knaben nach jener Stelle, welcher Ausgrabungen vornahm und thatsächlich Banknoten nach Hause brachte. Es waren jedoch zumeist Taufengulden-Noten, und so großes Geld vertraute sich Pawlaczek nicht auszugeben, da er sofort Verdacht erweckt hätte. Der Milchmeier war deshalb darauf bedacht, einen „nobeln“ Herrn ausfindig zu machen, der es wagen dürfte, Taufender zu wechseln. Diesen Mann fand er in dem Konzipisten im Ministerium des Innern, Alexander Stas; letzterer ließ nun öfters in der Staats-Zentralkasse, sowie bei der österreichisch-ungarischen Bank Taufenguldennoten wechseln. Bei diesen Stellen aber fiel der dumpfe Geruch auf, den die Geldnoten ausströmten, die sich übrigens auch in schlechtem Zustande befanden. Die Bankbeamten kamen auf den Verdacht, daß die Taufengulden-Noten irgendwo schon länger verborgen gelegen sein mußten, da sie so stark vergiebt waren, und daß sie von einem Diebstahle herrühren dürften. Man theilte der Polizei den Sachverhalt mit; diese forschte der Spur nach und entdeckte bald Alles.

Ein Gymnasiast als Mörder. Aus Karlsruhe wird die blutige That eines fast noch im Knabenalter stehenden jungen Menschen gemeldet: Der siebzehnjährige Schüler des Real-Gymnasiums in Rakovac, Namens Bayer, der Sohn einer geachteten Agrarmer Familie, tödtete nach einem Wortwechsel seinen Zimmer- und Schulkollegen Knezovic, indem er aus dem Nebenzimmer, welches ein Förster bewohnt, dessen Gewehr nahm und durchs Fenster auf Knezovic schoß. Derselbe wurde in den Magen getroffen und verschied nach wenigen qualvollen Stunden. Bayer versuchte nach der That sich selbst zu tödten, doch das Gewehr versagte. Herbeieilende Leute entriß ihm die Waffe und überleiterten ihn dem Gerichte.

Duell. Nach einer Meldung aus Fiume fand daselbst gestern zwischen dem Veteranenkommandanten Schödl und dem Advokaten Vareich wegen Beleidigung des Veteranenkorps durch den letzteren ein Duell statt, bei welchem Vareich tödlich verwundet wurde.

Die Spuren eines großen Postdiebstahls. Aus Budapest wird berichtet: Der hiesigen Polizei scheint es gelungen zu sein, den Urheber jenes Postdiebstahls auf die Spur gekommen zu sein, der hier vor einigen Jahren verübt wurde. Die entwendete Summe belief sich auf eine Viertelmillion Gulden, die sich in einer Kiste befunden hatte. Trotz aller vorläufigen Recherchen und Verhaftungen, die sofort nach dem Diebstahle vorgenommen wurden, konnte man des eigentlichen Täters nicht habhaft werden. Vor einigen Tagen nun wurde ein hiesiger Zeitungsträger in Gewahram genommen, der sich dadurch verdächtig machte, daß er größere Noten in stark verwittertem Zustande verkaufte. Allein der Inhaberte lenkte einen noch viel größeren Verdacht durch den Umstand auf sich, daß er ehemals Postamtsdiener gewesen war. Der Verhaftete, Torczanyi mit Namen, leugnet jedoch jede Schuld und behauptet, das Geld auf der Straße gefunden zu haben. Allein die bereits erwähnte Thatfache, daß Torczanyi Postbediensteter war, erregte die Vermuthung, daß er mit jenem Postdiebstahle irgendwie in Verbindung stehe. Gleichzeitig wollte es der Zufall, daß noch eine andere Entdeckung gemacht wurde, die gleichfalls, aller Wahrscheinlichkeit nach, mit dem betreffenden Diebstahl in Zusammenhang steht. Wegen des bedenklichen Bestandes von mehreren, in halbverwittertem Zustande befindlichen Noten wurde nämlich auch ein Knabe angehalten, der die — wie sich später herausstellte — auf Wahrheit beruhende Angabe machte, jenes Geld in einer Kassetten, die auf der Straße in Ofen lag, gefunden zu haben. Eine polizeiliche Kommission begab sich um Mitternacht an die von dem Knaben bezeichnete Stelle und nach vorgenommener Nachforschung stieß man thatsächlich auf eine große Geldsumme enthaltende Kiste.

In seiner Amtsehre gekränkt. Der englische Senker James Berry hat dem Minister des Innern, Matthews, seine Entlassung eingereicht. Gefränkter Amtsehre bildet den Beweggrund dieses Schrittes. Nach einer kürzlich erlassenen Verordnung soll nämlich der Gefängnisarzt die Tiefe des Falls bestimmen, den der Delinquent bei der Hinrichtung, wenn die Fallthüre niederstürzt, zu erleiden hat. Vor einigen Wochen fand eine Hinrichtung im Aldgate-Gefängnis in Liverpool statt. Berry hatte angeordnet, daß der Strick 3 1/2 Fuß lang sein sollte, der Arzt aber bestimmte die Länge auf 6 Fuß 8 Zoll. „Schon recht“, sagte Berry, „wenn aber der Kopf vom Rumpfe getrennt wird, so werde ich niemals einen Menschen wieder hängen.“ Der erfahrene Senker, welcher schon 200 Hinrichtungen vollzogen hat, behielt Recht. Der Delinquent wurde buchstäblich geköpft. Das Entlassungsgeheiß beweist, daß es James Berry mit seiner Drohung ernst war. Um aber nicht müßig zu sein, will er Vorlesungen über „die Todesstrafe“ halten. Man sagt, daß er jetzt zum Gegner derselben geworden ist. Ein amerikanischer Anwalt hat Berry schon 145 000 Dollars für 20 Vorlesungen in den Ver. Staaten geboten. Außerdem beabsichtigt er ein Buch zu veröffentlichen, in welchem er seine grausigen Erfahrungen ausführlich niederlegen will.

Typhus-Epidemie. Der Flecktyphus hat in Charlow (Rußland) eine so erschreckliche Ausdehnung angenommen, daß zur erfolgreicheren Bekämpfung der Epidemie die ganze Stadt in Quartiere eingetheilt worden ist, an deren Spitze ärztliche Kollegien stehen. Zahlreiche Sterbefälle sind bereits erfolgt.

W.T.B. Petersburg, 10. März. Aus Mittel- und Südrussland werden sehr starke Schneestürme gemeldet. Auf der Koslow-Boroneß-Eisenbahn mußten infolge der Schneeverwehungen zahlreiche Züge auf der Strecke liegen bleiben. Das Verkehrsministerium hat die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Reisenden und die Arbeiter mit Lebensmitteln zu versehen.

Ueberschwemmungen haben, wie aus Madrid telegraphisch berichtet wird, in ganz Spanien stattgefunden, dieselben haben beträchtlichen Schaden angerichtet. Namentlich sind der Guadalquivir und der Tago in beunruhigender Weise gestiegen.

Ein Roman aus dem Leben. Am letzten Karnevalstage spielte sich in Abbazia das letzte Kapitel eines Romans aus dem Leben ab. Seit einigen Wochen wohnte im dortigen Hotel Stefanie eine reiche Dame aus Szegedin mit ihrer 17jährigen Tochter; die Mutter, eine 37jährige jüdische Erscheinung, seit wenigen Monaten Witwe, das Töchterchen ein zartes, frisch erblühendes Rosenknospen und Braut eines reichen jungen Mannes aus Budapest, welcher seine Braut und deren Mutter in den letzten Faschingsstagen besuchte. Am letzten Karnevalstage fuhr das Töchterchen, dem Drängen der Ihrigen nachgebend, unter dem Schutze einer befreundeten Familie nach Fiume, machte die Korsofahrt mit und lehrte Abends nach Abbazia zurück. Wie groß war ihr Erstaunen, als sie ihre Mutter und den Bräutigam daselbst nicht vorfand, sondern auf ihrem Tisch einen Brief von der Hand ihrer Mutter bemerkte, welcher dem armen Mädchen mittheilte, daß die Mutter mit dem Bräutigam der Tochter, den sie heirathen werde, geflohen sei, und noch allerlei schöne und erbauende Lehren enthielt. Das arme Mädchen war der Verzweiflung nahe und geberdete sich wie eine Wahnsinnige. Glücklicherweise nahm sich die vorerwähnte Familie ihrer an und wird sie dieser Tage in ihre Heimath zurückführen.

Winter in Italien. In Oberitalien herrscht große Kälte, in Udine 7, Vicenza 6, in Turin 3 Grad.

ca. Ausweisung der Frau Melba. Der vielgenannten Schauspielerin Melba ist gestern, wie uns ein Telegramm aus Rom meldet, von der dortigen Polizei das fernere Auftreten im Argentinatheater verboten worden. Es wurde ihr nahe gelegt, Rom sofort zu verlassen, wenn sie es nicht auf eine Ausweisung ankommen lassen wolle. Mit ihr zugleich ist der junge Herzog von Orleans, ihr Bruder Gaian, abgereist, Prinz „Gamelie“, wie bekanntlich der Spitzname des ältesten Sohnes des Grafen von Paris lautet, bietet seinem Vater, welcher ihm die Führung dieses Verhältnisses schon mehrere Male anbot, offen Trotz.

Camorra. In Tarent wurden hundertundvierzig Mitglieder des geheimen Verbrecher-Bundes „Mala Vita“ verhaftet.

Der vergessene Gefangene. In Mondovi (Algerien) öffnete man am 6. März das Gemeindegefängnis, um zwei Gefangene einzulassen. Man fand darin den in Verweisung übergegangenem Zeichnam eines Arabers, der 24 Tage vorher wegen Trunkenheit eingesperrt worden, aber in Vergessenheit gerathen war. Es wird vermuthet, daß er schon in der ersten Nacht seiner Gefangenschaft gestorben sei, da Niemand seine Klagen gehört hatte. Die Verantwortung für diese Nachlässigkeit wird der Gendarmerie oder dem Feldhüter der Gemeinde zugeschrieben.

Das Palais eines amerikanischen Eisenbahn-Königs. Herr Cornelius Vanderbilt in New-York fühlt sich in seinem bisherigen Heim in der fünften Avenue beengt und hat deshalb die ganze Häuserreihe von der Ecke der 57. Straße, wo seine Wohnung liegt, bis zur 58. Straße angekauft. Die ermorbenen Gebäude werden niedergelegt, und auf neuem Grundriß soll ein stolzes Bauwerk errichten, das dem ursprünglichen Hause derartig angegliedert wird, daß Alles wie nach einheitlichem Plane gebaut erscheint. Der Neubau soll einen Ballsaal, ein Theater und eine Banketthalle enthalten. Die Kosten sind auf zwei Millionen Dollars veranschlagt.

Nichter Unth. In Memphis (Tennessee) drangen maskirte Männer in das Gefängnis, wo 25 Neger wegen Mordes inhaftirt waren. Die Maskirten ergriffen drei der Neger und erschossen dieselben außerhalb des Gefängnisses.

co. Die obdanklose Sarah. Sarah Bernhard, die magere Heldin der Bretter, wurde dieser Tage in St. Louis sehr unangenehm überrascht: Ein Hotel nach dem andern weigerte sich, ihr Quartier zu geben. Alle wollten von der von ihr mitgeführten aus Hund, Vögeln, Schlangen und Bären bestehenden Menagerie nichts wissen. Schließlich mußte sich die göttliche Sarah in ihren Bahnwagen-Palais zurückziehen, um dort zu übernachten. Der Impresario Abben suchte ihren Jörn dadurch zu beschwichtigen, daß er versprach, für ihr zoologisches Museum demnächst in allen größeren Städten der Vereinigten Staaten, in welchen sie Vorstellungen giebt, eigene Häuser mietzen zu wollen.

Eine interessante Ehecheidung. Die von der Baronin de Stuers, einer geborenen Amerikanerin, wegen angeblicher Grausamkeit ihres Gatten wider diesen angebrachte Scheidungsklage wurde von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes in Sioux Falls (Dakota) zu ihren Gunsten entschieden. Die Verhandlungen hatten bereits vor einiger Zeit stattgefunden, doch war der Richter nicht eher mit dem Studium der in Paris, Berlin, London und Madrid kommissarisch abgegebenen Zeugenaussagen fertig geworden. Baron de Stuers, dessen Jahreseinkommen die bescheidene Summe von 600,000 Francs erreichen soll, war im Jahre 1886 holländischer Gesandter in Madrid, wo er seiner Frau zumuthete, das ganze Arienal der weiblichen Verführungskünste gegen den spanischen Handelsminister spielen zu lassen, um ihn zum Abschluß eines gütlichen Handelsvertrages mit Holland zu bewegen. Die Baronin lehnte dieses Ansuchen jedoch mit Entrüstung ab. Das Paar kam später nach Berlin, wo Herr von Stuers seine Frau der ehelichen Untreue bezichtigte. Nicht genug damit, insultirte er sie auch ihren Angaben zufolge bei jeder möglichen Gelegenheit, trieb ihre Kinder von ihr fort und veruchte, sie als geistesgeheert erklären und in eine Irrenanstalt bringen zu lassen, ein Vorhaben, welches ihm indeß nicht gelang. Der Baron stellte in seiner Verteidigung in Abrede, daß er

je grausam gegen seine Frau gewesen, und erklärte, daß sie, um den Gang der Klage zu beschleunigen, mit einem gewissen Wm. Elliott Zeborowski in nähere Beziehungen getreten sei. Es sei zudem ihre Gepflogenheit gewesen, über Holland zu höhnen und beleidigend von holländischen Damen zu sprechen. Der Richter schloß sich jedoch den Ausführungen des Barons nicht an, sondern gab sein Urtheil für die Klägerin ab. Es heißt, daß Herr von Stuers Berufung gegen das Erkenntniß einlegen wird. Inzwischen ist übrigens die geschiedene Gattin, welche eine Million Dollars „werth“ sein soll, bereits mit dem vorstehend erwähnten Mr. Zeborowski auf's Neue in den Stand der Ehe getreten.

Gerichtliches.

* **Das Schwurgericht in Neu-Ruppin** verhandelte vorgestern gegen den früheren Zimmermann Ernst Friedrich Wilhelm Borchardt, der eines Mordversuches gegen seine Ehefrau angeklagt war. Borchardt wurde zu 4 Jahren 11 Monaten Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Er hatte, wie f. B. gemeldet wurde, seine Frau, welche gegen seinen Willen in einem Zirkus Stellung angenommen hatte, durch mehrere Revolverkugeln verwundet. Die Frau konnte indeß in wenigen Wochen geheilt werden.

§ **Ueber zwei in sozialdemokratischen Versammlungen gefallene Aeußerungen** hatten gestern zwei Strafkammern des Berliner Landgerichts I. fast gleichzeitig zu verhandeln. Vor der 4. Strafkammer hatte sich der Klemmer Oscar Laube wegen Gotteslästerung bezw. Beschimpfung von Einrichtungen der christlichen Kirchen zu verurtheilen. In einer am 28. Juli abgehaltenen Versammlung des Vereins „Lassalle“ erging sich der Angeklagte in Betrachtungen über den Marien-Kultus der katholischen Kirche und die Herkunft Christi und erklärte die persönlichen und menschlichen Verhältnisse der Gottesmutter in einer Weise, welche die Angehörigen der beiden christlichen Kirchen schwer verletzen mußte. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß. — In der zweiten vor der 2. Strafkammer verhandelten Anklagehandlung handelte es sich um Aufreizung zum Klassenhaß, deren sich der Schuhmacher Büttner schuldig gemacht hatte. Im September fand in einem Lokale der Bülowstraße eine Schuhmacher-Versammlung statt, in welcher u. A. auch der Angeklagte das Wort ergriff. Er ließ sich über die Bedeutung des Parlamentarismus aus, den er sich als Mittel zum Zweck gefallen lassen wollte, knüpfte aber daran über die Revolution und die Aufgaben der Proletarier, die sich ihre Rechte Schritt vor Schritt erkämpfen müßten, Bemerkungen, die nach den Aufzeichnungen des Polizeileutnants Schmidt als Aufreizung zum Klassenhaß erachtet werden mußten. Der Angeklagte wurde zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

§ **Drei medizinische Sachverständige** hatten sich am Dienstag darüber zu äußern, ob ein wegen Unterschlagung Angeklagter verrückt oder nur ein Simulant ist. Der Angeklagte war der eben erst großjährig gewordene frühere Buchhalter Moritz Rumppe, welcher früher bei der Firma Rosenthal und Tobias angeestellt war. Derselbe hatte am 18. Dezember 1889 den Auftrag erhalten, einen Check über 19,753 M. beim Berliner Rassenverein zu erheben, er hat diesen Auftrag auch ausgeführt, ist aber nicht mehr in das Geschäft zurückgekehrt, sondern mit dem Gelde durchgebrannt. Er hatte sich nach Triest begeben und dort ein sehr luxuriöses Leben geführt, bis er schließlich verhaftet wurde. R. ließ sich aber dadurch nicht aus der Fassung bringen, sondern schrieb einen Brief an den dortigen amerikanischen Konsul, in welchem er sich über seine Verhaftung beklagte und behauptete, daß hier eine Personenverwechslung vorliege. Er heiße v. d. Steinen, sei freier amerikanischer Bürger und weber die Kost noch die Zelle passe für seinen Stand. Als der Chef Herr Tobias nach Triest kam und dem Angeklagten plötzlich gegenübergestellt wurde, bekam er zunächst einen großen Schreck, dann aber erklärte er kategorisch, daß er den Mann überhaupt nicht kenne. Herrn Tobias gelang es, noch etwa die Hälfte des unterschlagenen Geldes zu retten. Der Angeklagte wurde nach Berlin in das Untersuchungsgefängnis gebracht, erklärte nun aber, daß er keine Ahnung von dem Gelde, was in den ganzen 6 Monaten, die er in Triest zugebracht, mit ihm vorgegangen sei. Er behauptet, daß er nichts davon wisse, daß er einen Check erhoben, will auch keinen Schimmer von Bewußtsein davon haben, wie er nach Triest gekommen sei. Jetzt ist der Angeklagte vollständig geistesklar, behauptet aber auch jetzt noch, daß er einen volle 6 Monate andauernden Erinnerungsdefekt gehabt habe. Der Angeklagte wurde hier zuerst vom Sanitätsrath Dr. Mittenzweig auf seinen Geisteszustand untersucht und dieser stellte fest, daß der Angeklagte zwar geisteschwach sei, aber doch seine freie Willensbestimmung nicht verloren habe, sondern zu simuliren scheine. Auf Anordnung des Herrn Dr. Mittenzweig wurde der Angeklagte 6 Wochen der Charitee zur Beobachtung überwiesen; daran knüpfte sich eine längere Beobachtung in Dalldorf, aus welcher der Angeklagte als „geistig gebildet“ schließlich entlassen wurde. R., der sich früher geistig überladen zu haben scheint und auch in übertriebenem Maße ein Vegetarianer war, ist auch Gegenstand eines Gutachtens des Obermedizinal-Kollegiums der Provinz Brandenburg gewesen und dieses hat auf Grund der ärztlichen Beobachter sein Gutachten dahin abgegeben, daß der Angeklagte zur Zeit der That unzurechnungsfähig gewesen sei. Die Sachverständigen Oberarzt Dr. Bögehold und Privatdozent Dr. Siemerling vertraten diesen Standpunkt vor Gericht und kamen auf Grund der wahrgenommenen massenhaften Sinnestäuschungen und Wahnvorstellungen zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte zur Zeit der That geisteskrank gewesen und jetzt gesund ist. Geh. Rath Dr. Mittenzweig schloß sich Angeklagtes des Gutachtens des Medizinal-Kollegiums nunmehr den Vorgutachten an — unter der Vorbedingung, daß die Beobachter nicht dupirt worden. Diese letztere Anschauung vertrat nachdrücklich Herr Rosenthal, der mittheilte, daß nach seiner und seines gesammten Personals fester Ueberzeugung der Angeklagte ein so raffinirter Simulant sei, wie er in den Annalen der Kriminaljustiz noch nicht vorgekommen sei. — Der Staatsanwalt erklärte, daß auch er die feste Ueberzeugung gehabt habe, daß der Angeklagte dreist simulire, daß er sich aber der besseren Erkenntniß der medizinischen Sachverständigen beuge und deshalb die Freisprechung des nun wieder anscheinend ganz gesunden Angeklagten beantragen müsse. Der Gerichtshof erkannte denn auch auf Freisprechung und glücklich lächelnd verließ Herr Rumppe die Anklagebank.

Bekanntmachung.
Die Lieferung von 420000 Kg. Torf für die sämtlichen städtischen Gebäude soll öffentlich vergeben werden.
Die Lieferungsbedingungen liegen in der Registratur des Stadtmagistrats — Rathhaus Zimmer Nr. 13 — zur Einsicht aus, und sind daselbst die Offerten bis zum 20. d. Mts. Mittags 12 Uhr abzugeben.
Die Submittenten bleiben 14 Tage an ihre Offerten gebunden, und behält der Magistrat sich das Recht vor, unter den Submittenten zu wählen, wie auch sämtliche Offerten abzulehnen.
Oldenburg, den 9. März 1892.
Der Stadtmagistrat.
Roggemann.

Sitzung
des Magistrats, des Gesamtstadtraths und des Stadtraths am Dienstag, den 15. März 1892, Abends 6 Uhr im Rathhause.

- Tagesordnung:**
- I. Gesamtstadtrath:
 1. Wahl eines Armenvaters;
 2. Feststellung der Rechnung der Wegekasse pro 1890/91;
 3. Feststellung der Rechnung der Schuldenrückstellungskasse pro 1890/91;
 4. Feststellung der Rechnung der Kasse der Gesamtgemeinde pro 1890/91.
 - II. Stadtrath:
 5. Feststellung der Rechnung der Gewerbeschule pro 1890/91;
 6. Feststellung der Rechnung der Oberreal- und Vorschule pro 1890/91.
 7. Feststellung der Rechnung der Turnkasse pro 1890/91;
 8. Feststellung der Rechnung der Nachtwächterkrankenkasse pro 1890/91;
 9. Feier des 25jährigen Bestehens der Cäcilienchule;
 10. Anwendung des Artikels 28 der Wegeordnung auf die Stadt;
 11. Wiederherstellung einer Pumpe;
 12. Zusammenstellung der Einkommensteuer beträge nach den Berufsclassen der Einwohner der Stadt;
 13. Kosten der Vertretung einer erkrankten Lehrerin der Cäcilienchule;
 14. Wahl von Mitgliedern des Stadtraths zur Theilnahme an der 1892/93 vorzunehmenden Cassenvisitation.
 15. Bau eines Hafens.
 - III. Magistrat und Stadtrath gemeinschaftlich:
 16. Anstellung eines Lehrers an der Cäcilienchule;
 17. Die Preussischen Lehrpläne und die Oberrealschule.
- Oldenburg, den 10. März 1892.
D. z. B.

Coke.
Gegenwärtige Preise:
Zerklein. Coke, 100 Kg. M. 2.40
Grobe " " " " 2.20
Grub " " " " 1.60
Frei ins Haus bei Abnahme von mindestens 500 Kg. in einem Posten; bei weniger als 500 Kg. erhöhen sich die Preise um 20 Pfg. für 100 Kg.
Oldenburg, im Januar 1892.
Die Gasanstalt.

Oldenburg. Zu belegen jederzeit
Kapitalien
in beliebiger Höhe gegen Hypotheken und 3,6 bis 4% Zinsen.
H. Hasselhorst,
fl. Kirchenstraße Nr. 9.

Täglich frisches
Rohfleisch
empfiehlt
J. Spiekermann.

Roh-Vaseline
ist das beste Leder- und Auf-Konservierungsmittel. Geprüft und empfohlen von vielen Autoritäten des In- und Auslandes.
Alleinige Engros-Niederlage für das Land Oldenburg bei **Wilh. Bape,** Oldenburg, Langestraße 56.
In Blechdosen zu 10, 20, 50, 90, 150 Pfg. u. s. w.
Wiederverkäufer erhalten bedeutenden Rabatt.

Endlich!!!
Die erste deutsche Kolonie Kamerun hat die auf sie gesetzte Hoffnung zu erfüllen begonnen, der dort gepflanzte Taback übertrifft alle Erwartungen, die daraus gefertigte Zigarre ist kostbar, und endlich ist es dem deutschen Raucher erspart, für den unentbehrlichen Lebensgenuss viele Millionen jährlich dem Auslande zu opfern. Die erste deutsche **Kolonialzigarre Kamerun** ist erschienen und zum Preise von Mk. 60 pro 1000 — 6 Mk. pro 100 Stk. von mir in allen Farben zu beziehen. Für Porto erbitte 50 Pfg. Bei Bestellung bitte anzugeben ob leicht mittel oder stark.
F. Schröder, Cig.-Fabr.
Rosenthalerstr. 31.
gegr. 1849.

Nur 13 Mk. Nur 13 Mk. AUSVERKAUF.
Porto und Emballage frei ganz Deutschland.
6 Stk. Tafelmesser mit vorzüglichen Stahlklingen
6 " Tafelgabeln aus einem Stück.
6 " massive Speiselöffel.
12 " vorzügliche Kaffeelöffel.
12 " feinste Mokkalöffel.
1 " Suppenschöpfer schwerster Qualität.
1 " schwerer Milchsöpfer.
44 Stück das bestem und schwersten Britannia-Silber. Dazu erhält jeder gratis eine Bronze-Küchenuhr mit Kette und Gewicht im Werte von 4 Mark. Auch ist bei mir zu obigem Service Putzpulver in grösseren Schachteln à 20 Pf. zu haben.
6 Mk. kostet die berühmte Welt-Pendel-Uhr mit doppelt geschriebenem Zifferblatt, welche nicht nur 12, sondern auch 24 Stunden zeigt und bei Nacht ohne jedes Brennmaterial leuchtet.
Nur 13 Mark samt prachtvoller Kette kostet die neu erfundene, neu patentierte Remontoir-Taschenuhr mit

Nachtleuchtendem Zifferblatt
Diese Uhren sind aus bestem Nickel-silber gearbeitet, genau auf die Minute und Sekunde reguliert, haben ein vorzügliches unruinierbares Werk und wird für den richtigen Gang 5 Jahre garantiert. Versandt gegen vorherige Kassa oder k. k. Postnachnahme.
NB. Nicht konvenierendes wird anstandslos retourgenommen.
Joh. Wessely,
WIEN,
II/I Grosse Spargasse Nr. 16.

Abonnement 1²⁵ vierteljährlich
(vom 1. April bis 1. Juli).
Berliner Abendpost
mit dem Unterhaltungsblatt
Deutsches Heim
Bei jeder Postanstalt **1¹ Mark** vom 1. April bis 1. Juli.
Täglich 8—10 Seiten. Rasche unparteiische Berichterstattung. Parlamentsberichte. Interessantes Feuilleton. Alle wichtigen Nachrichten über Handel und Börse mit Courszettel, Verloosungslisten u. s. w.

Die Uhrenfabrik
von
C. Jägermann Nachf.
Berlin W.
Friedrichstraße 77.
nahe Jäger-Strasse.
Gegründet 1866.
verkauft und versendet mit reeller 3jähriger Garantie

Nikel-Herren-Remontoir
Marke „Diogene“
bestes Schweizer Fabrikat, mit Emaille-Zifferblatt und Sekundenzeiger, Zeigerstellung durch die Krone 12 Mk.
Silberne Herren-Cylinder-Schlüssel-Uhren Ia. 10 Steine mit Goldrand 18 Mk.
Diese Uhr ist das Beste, was in Schlüsseluhren gemacht wird und ist mit Firma versehen

Silberne Herren-Remontoir-Cylinder-Uhren mit Goldrand, 6 Steine	20 Mk.
do. do. do. do. do. Ia. 10 do.	25 Mk.
do. do. do. Ancre- do. do. do. Ia. 15 do.	35 Mk.
do. Damen-Remont, mit Goldr., 2 silberne Kapseln, 10 Steine	24 Mk.
14 Karat. Gold-Damen-Remontoir, 10 Steine, solide Uhr	36 Mk.
14 do. do. do. do. 10 do. extrastark	50 Mk.
14 do. do. mit Schutzdeckel	65 Mk.
14 do. do. mit 3 Goldkapseln	75—150 Mk.
14 do. do. Ancre-Herren-Remontoir, 15 Steine, offen	60—90 Mk.
14 do. do. do. do. mit Schutzdeckel	90—150 Mk.
14 do. do. do. do. mit 3 Goldkapseln	120—300 Mk.
18 do. do. do. do. von A. Lange n. Söhne,	

Glashütte bei Dresden 250—3000 Mk.
Wecker-Uhren mit Ancregang in jeder Lage gehend, mit Sekundenzeiger 5 Mk.
Grosse Auswahl in Regulatoren, Bronze-, Stand- und Wecker-Uhren, goldenen, silbernen Talmi- und Nickel-Ketten.
Illustrierter Preis-Kourant gratis und franko.
Sämtliche Uhren sind sorgfältig abgezogen und reguliert. Versandt nach Ausserhalb gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. Bei vorheriger Einsendung des Betrages franko versandt von Taschen-Uhren. Bei Aufgabe von Berliner Referenzen grössere Auswahlendungen bereitwillig. Streng feste Preise. Die Firma kauft und verkauft nur gegen baar.

Konfirmanden = Anzüge
in Buckskin, Tuche u. Kammgarn
in großer Auswahl.
Wollene Buckskin-Konfirmanden = Anzüge
pro Stück von 10 Mark an.
Konfirmanden-Hüte
pro Stück 1,25 Mk.
B. H. Bührmann,
Staustr. Nr. 4.
Specialgeschäft für fertige Herren- und Knaben-Garderoben.

Drucksachen
aller Art
werden schnell und sauber angefertigt in der
Buchdruckerei
des Oldenburger Tageblattes.

Vorläufige Anzeige.
Oppermanns Hotel.
Am Donnerstag, den 17., Freitag den 18., Sonnabend, den 19., u. Sonntag, den 20. März d. Jrs. tritt die so sehr berühmte
Scandinavische Künstler-Capelle
aus Christiania im National-costüm hier auf.
Näheres besagen die späteren Annoncen und Zettel.

Osternburger Schützen-Berein.
Das diesjährige
Schützenfest
wird am
26. u. 27. Juni
stattfinden.
Die Budenplatz-Verpachtung wird später bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Paris 1889 goldene Medaille.
500 Mark in Gold, wenn **Crème Grolsch** nicht alle Hautunreinigkeiten, als: Sommerprossen, Leberflecken, Sonnenbrand, Mitesfer, Nasenröte zc. beseitigt und den Teint bis ins Alter blendend weiß und jugendfrisch erhält. Keine Schminke. Preis M. 1,20. Man verlange ausdrücklich die preisgekürzte **Crème Grolsch**, da es wertlose Nachahmungen giebt.
Sabon Grolsch, dazu gehörige Seife 80 Pfg.
Grolsch's Hair Wilkon, das beste Haarfärbemittel der Welt! bleifrei, M. 2.— und M. 4.—.
Hauptdepot: **J. Grolsch, Brünn.** Zu haben in allen besseren Handlungen.
Zu haben in der Drogehandlung von **L. Fesch**, Staustraße.

Brokherzogl. Theater
Dienstag, den 15. März 1892.
51. Vorstellung im Abonnement.
„Der Uhr Morgens.“
Schwank in 1 Akt nach dem Französischen des Siraudin und Delacour. Hierauf:
Die Schulleiterin.
Luftspiel in 1 Akt von Emil Pohl
Zum Schluss:
Das Fest der Handwerker.
komisches Gemälde aus dem Volksleben in 1 Akt. Als Baudeville behandelt von Luis Angely.
Kassenöffnung 6¹/₂, Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, 16. März 1892.
8. Vorstellung im Abonnement für Auswärtige.
Die Großstadtlust.
Schwank in 4 Akten von D. Blumenthal u. G. Nadelburg.
Kassenöffnung 3, Anfang 4¹/₂ Uhr.
Schweizerhalle.
Täglich Konzert u. komische Vorträge.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 32 des Ofternburger.

Feuilleton.

Das Geheimnis der Frau de la Mare.

Roman von H. v. Limpurg.

(Nachdruck verboten.)

(31. Fortsetzung.)

„Gnädiger Herr,“ flüsterte der herbeigeeilte Diener ängstlich und machte dem Aufgeregten heimlich Zeichen, „die gnädige Frau haben noch eben befohlen, daß der Herr Assessor recht still liegen möge — es ist noch sehr früh am Morgen.“

„Ja doch — und die bösen Geister tanzen doch noch immer um mich her. Leopold, kannst Du mich nicht von ihnen retten? Sprich ein Wort, daß sie endlich verschwinden!“

„Laß mich — schlafen, Papa, bat der Kranke seufzend, „mein Kopf schmerzt und die Wunde brennt. Schicke mir Luifen. — Ach, wenn ich noch einmal so träumen dürfte wie vorhin.“

„Sie ist nicht da, aber sie soll kommen, mein Liebling, ihr Platz muß an Deinem Bette sein; Du bist mir also nicht böse wegen des Liedes?“

„Nein — o nein — schlafe wohl, Vater!“

„Es wird bald Tag sein, Leopold und dann scheint die Sonne wieder,“ sagte der Geheimrath mit der zitternden Hand über des Sohnes Scheitel gleitend. Seine Stimme Klang verändert, er war beinahe völlig gebrochen.

„Gute — Nacht — Vater, schicke mir Luifen.“

Madame de la Mare hatte indessen das Arbeitszimmer Nordens betreten, ein Gedanke wahr ihr gekommen, den sie während der Abwesenheit des Hausherrn ausführen wollte. Jenes Lied mußte sie erlangen, sei es auch durch List, ohne dieses konnte sie Linden nicht vernichten.

Die Lampe warf ihren ruhigen Schein auf den großen mit Alken, Papierstöcken und Büchern bedeckten Schreibtisch, auf die beiden Selbstbilder und die verschiedenen Photographien auf demselben; es war so still hier, so friedlich, Niemand ahnte wohl, welche Stürme in dem Hause wütheten und die ganze Familie zu zerstören drohten. Auch Juana athmete auf, es

that ihr wohl, für Minuten allein zu sein, ihre erregten Nerven konnten sich beruhigen und die Gedanken sich ordnen.

Welch' eine Wendung des Schicksals? Die junge Wittve faltete verzweifelnd die Hände. Wäre nur Leopold gesund! Und wenn ihn das Fieber verließ und er seine Umgebung wiedererkannte, durfte sie nicht mehr an sein Lager, ihn zu pflegen!

Langsam, zögernd trat Juana dann an den Schreibtisch, er war offen, alle Papiere lagen ungeordnet darauf umher und von dem Rande desselben grüßte Leopolds Bild zu ihr hin; Thränen traten in ihre Augen, sie nahm es in beide Hände und kniete nieder.

„Mein Liebling, meine Welt,“ murmelte sie demüthig, „ich liebe Dich und nur Dich allein! Man sagt, unser Blut walle heißer, unsere Leidenschaften seien ungestümer, es ist unmöglich — und deshalb auch kann ich mein Herz nicht still machen. Es klopft für Dich und möchte den letzten Blutstropfen lassen um Dich! Herr, Du Allewiger droben, o schenke ihn mir! Sein Glück soll meines Lebens einziger Inhalt sein!“

Wie neu belebt erhob sie sich. Dann nahm sie Blatt um Blatt vom Schreibtisch, um das Lied Sebastian Bachs zu suchen.

Sie fand mehrere kurze, sehr liebenswürdige Billets von Baron Linden und ihre Lippen kräuselten sich verächtlich bei den damenhaften feinen Schriftzügen: „Oskar von Linden.“

„Arme Mutter, die einen solchen Sohn der Welt gab; sie muß sich noch im Grabe umwenden!“ flüsterte dabei Juana.

Dann fand sie auf dem Tische allerlei gelehrte Briefe, die Universitätsangelegenheiten betrafen, Bittschriften unbemittelter Studenten, Kritiken und Broschüren; ein seltsames Gefühl beschlich Juana, als sie so in dem fremden Eigenthum umherwühlte. Aber es mußte ja sein! Sie meinte des Geliebten Augen wohlgefällig auf sich ruhen zu sehen und suchte weiter, bis sie endlich, ein Seufzer tiefinnigster Befriedigung entrang sich ihren Lippen, das ersuchte Manuscript vorfand.

Es war sorgsamst eingehüllt, das Papier sah völlig vergilbt und alt aus und die großen steifen Buchstaben blickten wie höhnisch auf das angstvolle Weib, das sich über sie neigte.

„Nun ist es mein,“ rief sie fast jubelnd, „nun soll es keinen Schaden mehr thun, sondern mir nur als corpus delicti dienen!“

Die junge Wittve trat in den Lichtkreis der Lampe, aber sie war so vertieft in die Betrachtung des unseligen Dokumentes, daß sie ein leises Geräusch von der Thür her überhörte. Eine dunkle Gestalt schlich hinter sie, wild funkelten zwei graue Augen, magere Hände ballten sich zur Faust, dünne Lippen preßten sich auf einander — immer näher schlich der Geheimrath! Jetzt hatte er sie erreicht, blitzschnell aber lautlos langte er nach einem Revolver und während Juana ahnungslos das Blatt wendete, um die Handschrift zu betrachten, war er wiederum zur Thür geglitten und hatte den Schlüssel im Schloß herumgedreht.

„Diebin,“ murmelte er drohend, „sie ist im Bunde mit jener, die sie meine Tochter nennen! Sie will mir meinen kostbarsten Schatz rauben, um der Welt zu sagen: es ist gefälscht, jenes Lied unseres großen berühmten Sebastian Bach.“

Bei der nächsten Bewegung Juanas sprang der Geheimrath mit einem so gellend wilden Schrei auf sie zu, daß sie erbleichte; aber entschlossen faßten ihre Hände das Dokument fester.

„Was wollen Sie hier,“ kreischte Norden, Sie sind eine Diebin und ich — ich werde Sie strafen.“

„Thun Sie das, Herr von Norden,“ entgegnete sie muthig, wenn auch mit blassen Lippen, „doch erst will ich mich vor Ihnen verantworten!“

„Wer sind Sie?“ rief der Geheimrath und erschreckt blickte er in die ihm entgegenschaukelnden schwarzen Augen Juanas. „Ein Mensch von Fleisch und Blut kann es nicht sein! Es ist ein Dämon — ja, nun weiß ich's — ein Dämon aus jenem Heer, welches mich draußen in der Nacht versorgte. Fort, o nur fort — oder ich wehre mich, denn ich will nicht zur Hölle fahren, ich will leben — und sühnen.“

Gedankenvoll hatte sich Juana seinen Ideen angepaßt.

„So bereue,“ befahl sie herrisch, „nimm die Tochter wieder auf, welche Du so schwer verwundet! Sie ist elend geworden durch Dich, wie auch Dein Sohn! — Bereue!“

(Fortsetzung folgt.)



Unsern geehrten Abonnenten zur gefl. Nachricht, daß das

Oldenburger Tageblatt

jetzt jedesmal in einem Doppelbogen, also

in 8 Seiten

erscheint. Dasselbe bringt von jetzt an ausführliche Reichstags- und Landtags-Behandlungen, ferner die neuesten politischen Abhandlungen vom In- und Auslande und gut gesichtete Nachrichten, sowohl aus dem deutschen Reiche wie aus dem engern Vaterlande, sowie die schönsten Berichte über Theater und Musik, welche unsern verehrten Lesern von jeher bekannt sind.

Das Oldenburger Tageblatt verbindet somit jede größere politische Zeitung mit einer gut redigirten

 **Local-Zeitung.** 

Neben den laufenden Erzählungen im Tageblatt selbst bringt dasselbe vom 1. April ab eine

8seitige Sonntags-Beilage

mit schönen Illustrationen und größeren spannenden Romanen, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen.

Das Oldenburger Tageblatt kostet trotzdem nur

1 Mark pro Quartal

und werden Bestellungen jederzeit entgegengenommen.

Die Expedition
des Oldenburger Tageblattes.